Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN, DER ARBEITERSPORTVEREINE UND DES REICHSBANNERS

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1,20 RM, durch die Post monatlich 2,40 RM. Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpfg. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5406 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841.

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpfg., außerhalb 12 Rpfg., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpfg. Kleine Anzeigen 5 Rpfg. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen.

Nr. 293 — Gelsenkirchen, Dienstag, den 16. Dezember 1930 — 12. Jahrgang

Schnee in Mittel- und Süddeutschland



Bürgerkrieg in Spanien

Generalstreik in vielen Städten

Keine Verbindung mit der Hauptstadt Madrid

Die aus Spanien vorliegenden Meldungen sind widerspruchsvoll und lassen ein klares Bild nicht erkennen. Trotz des Regierungssieges über die ersten Militärrevolten in Jaca befindet sich das Land offensichtlich im Bürgerkrieg. Der Generalstreik ist seit heute früh in zahlreichen Städten, so Barcelona, Santander, Valencia, San Sebastian, Sevilla und anderen Städten ausgebrochen. In Madrid selbst sind die Läden geöffnet. Seit 12 Uhr mittags ist jede telephonische Verbindung mit Madrid unterbrochen.

Um 10 Uhr vormittags überflogen Militärflugzeuge, deren Piloten sich den Republikanern angeschlossen haben, die Stadt Madrid und andere Städte und warfen über allen Kasernen und wichtigen Plätzen Proklamationen ab. Eine dieser Proklamationen, die sich an die Soldaten wendet, hat folgenden Wortlaut:

„Soldaten! Vergangene Nacht ist in ganz Spanien die so lange erwartete republikanische Bewegung ausgebrochen. Erwünscht von allen, die Gerechtigkeit wollen. Volk und Heer haben vereint die Bewegung durchgeführt. Jetzt müssen sich alle der Bewegung anschließen, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Tut ihr das, so verdient ihr den Dank des Vaterlandes und verhütet, daß unschuldige Opfer fallen. Wenn euch aber eure Schwäche und Ahnungslosigkeit zum Widerstand gegen den nationalen Willen veranlaßt, so werdet ihr die ersten Opfer sein. Wenn ihr euch nicht sofort uns anschließt, so werdet ihr in einer halben Stunde bombardiert werden." Die Proklamation schloß mit dem Ruf: „Es lebe die spanische Republik!"

Um 4 Uhr nachmittags ließ die spanische Regierung durch Funkspruch die Meldung verbreiten, daß die aufrührerischen Fliegeroffiziere nach ihrer Landung verhaftet worden seien. In Madrid habe man den Flugplatz durch Artillerie beschießen lassen, worauf sich die Flieger ergeben hätten. Die Regierung behauptet, daß sie Herr der Lage sei.

Das Volk nimmt das Wort

Reichsbanner-Kundgebungen gegen das Verbot des Remarque-Films

Berlin, 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete heute abend in vier großen Sälen Berlins Protestkundgebungen gegen das Verbot des Remarque-Films. Im Saalbau Friedrichshain, der lange vor Beginn der Veranstaltung überfüllt war, sodaß er geschlossen werden mußte, sprachen die Reichstagsabgeordneten Ministerpräsident a. D. Stelling und Lemmer. Sie forderten die Aufhebung des Verbots. Begeistert begrüßt wurde eine Abordnung demokratischer Studenten, die mit ihrer Fahne einmarschierte. Das Straßenbild war, wie bei solchen Anlässen üblich, stark belebt, ohne daß es im Saal oder draußen zu irgendwelchen Zwischenfällen kam.

Auch die Kundgebung in der Neuen Welt vollzog sich zunächst in vollkommener Ruhe. Da der etwa 4000 Menschen fassende Saal wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt war, wurde in Kliems Festsälen eine Parallelkundgebung abgehalten. Die Reichstagsabgeordneten Künstler und Seger legten dar, das Reichsbanner werde dafür sorgen, allen Volksgenossen das Buch, das die Grundlage für den Film gab, bekannt zu machen.

Am Schluß dieser Versammlung kam es zu einem Zwischenfall. Ein Nationalsozialist, dem Redefreiheit zugesichert, aber wegen beleidigender Aeußerungen das Wort entzogen worden war, nannte die Reichsbannerleute Pöbel, was große Erregung hervorrief. Als ihn einige Reichsbannerleute von der Rednertribüne herunterholen wollten, entwickelte sich eine Schlägerei. Der Nationalsozialist wurde aus dem Saal gebracht.

Auch die Versammlung in den Pharussälen in der Müllerstraße war so stark besucht, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Es sprachen der Reichstagsabgeordnete Litke und Professor Georg Bernhard. Schon um 8.30 Uhr kam es in der Versammlung zu Störungen, als der vom Reichsbanner gestellte Saalschutz einen kommunistischen Zwischenrufer aus dem Saale entfernen wollte. Von allen Seiten erhoben sich Kommunisten, die ihrem bedrängten Parteigenossen beisprangen. Es entwickelte sich eine allgemeine Schlägerei, in die auch Versammlungsteilnehmer eingriffen. Dem Saalschutz gelang es, die Störer aus den Saal zu drängen. Nach viertelstündiger Störung und nachdem ein Polizeioffizier mit mehreren Mann an der Tür des Saales Posten gefaßt und den Raum für weitere Teilnehmer geschlossen hatte, konnte die Kundgebung ungestört beendet werden.

In allen Versammlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Darlegungen und Forderungen der Redner zusammengefaßt sind.

Höchste Aktivität!

Von Tony Sender, M. d. R.

Soll eine proletarische Partei, die ein großes Zukunftsziel zu verwirklichen hat, ihre politischen Entscheidungen nur bestimmen lassen von dem Wunsch, im Augenblick populär zu sein? Oder hat sie nicht auch die Pflicht, über den Tag hinausblickend, die möglichst besten Voraussetzungen für den — noch schwereren Kampf von morgen zu schaffen? Das war die schicksalsschwere Vorfrage, die zu entscheiden war, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach dem 14. September zum erstenmal zusammentrat. Selten waren Beratungen so tief vom Gefühl der Verantwortung vor dieser und der kommenden Generation, vor der deutschen wie der internationalen Arbeiterschaft belebt, als es in diesen Tagen der Fall war. Und in der mit überwältigender Mehrheit gefaßten Entscheidung ließ man sich von dem Gedanken leiten: Es müsse die Wahrung des großen Zukunftsinteresses der Arbeiterklasse über augenblickliche Popularität gestellt werden. Ohne daß formeller Fraktionszwang beschlossen wurde, hat die gesamte Fraktion (mit Ausnahme eines einzigen Genossen) einheitlich im Plenum abgestimmt. Ein Zeichen starken Solidaritätsgefühls mit der Partei. In diesem ersten Abschnitt ging es zunächst um die alten Notverordnungen des Brüning-Kabinetts, an denen wir im Wahlkampf heftigste Kritik geübt hatten; die Arbeiterschaft, unsere Wähler, erwarteten von uns, daß wir die Linie unserer Politik im Wahlkampf weiter verfolgten und unseren Einfluß einsetzten, um das Aeußerste an Verbesserungen, besonders in dem sozialpolitischen Abschnitt herauszuholen. Es sei hier vermerkt, daß ein Teil der Fraktionskollegen so skeptisch war, an keinerlei wesentlichem Erfolg solcher Verhandlungen zu glauben.

Die Zähigkeit und Energie, mit der unsere Unterhändler ihre Arbeit aufnahmen und durchführten, hat dann aber diese Skepsis zuschanden werden lassen und ein Ergebnis gezeitigt, das ganz wesentliche Verbesserungen in der Krankenversicherung (Beseitigung des Kranken- und Rezeptscheins für alle Arbeitslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Tuberkulose und Geschlechtskranke, des Rezeptscheines auch für alle länger als 10 Tage dauernden Krankheiten) und in der Arbeitslosen-Versicherung sowie eine starke Umarbeitung der Bürgersteuer unter völliger Freilassung der gleichen Bevölkerungsschichten gebracht. Von allen Fraktionskollegen wurde die Bedeutung dieses Erfolges auch anerkannt.

Nun entstand die Frage: Würde sich für diese mit Regierung und Zentrum vereinbarten Verbesserungen eine Mehrheit im Reichstag finden? Die Sozialdemokratie legte den größten Wert auf eine ordnungsgemäße parlamentarische Verabschiedung. Nach langen Bemühungen mußte die Regierung feststellen, daß eine solche Mehrheit im Reichstag nicht zu finden war. Drängte aber die Sozialdemokratie auf die gesetzliche Festlegung der für das Proletariat erreichten Verbesserungen, so war die Regierung andererseits immer stärker bedroht von der Defizitwirtschaft im Staatshaushalt — eine Folge der unverändert andauernden Wirtschaftskrise.

Die mit dadurch geschaffene Unsicherheit hatte zur Folge, daß dauernd Kündigungen kurzfristiger Auslandskredite erfolgten, die den schweren wirtschaftlichen Druck und die Arbeitslosigkeit vermehrten. Es mußte gehandelt werden, so rasch wie möglich. Aber auch für die Sanierung der Finanzen war keine Mehrheit im Reichstag zu finden. So beschritt die Regierung den Weg der Verordnung und verkoppelte dabei die sozialdemokratischen Verbesserungen der alten Verordnungen mit den Bestimmungen zur Sanierung des Reichshaushalts.

Jetzt stand die Fraktion vor der Frage: Sollte sie das für die Notleidenden an Verbesserungen Erreichte fahren lassen, die Zerrüttung der Finanzen ungehemmt ihren Lauf nehmen lassen? Eine ungeheuer schwere Verantwortung, da nicht nur ein erheblicher Teil der Sanierungsgesetze in ihrer Gestaltung von den Sozialisten aufs stärkste bekämpft wurde, sondern vor allem der Weg der Verordnung in seiner ganzen Gefahr erkannt werden mußte.

Allein hier kam man vor die Grundfrage aller Politik; nicht nur zu erkennen und auszusprechen, was man nicht will, sondern auch, bevor man den ersten Schritt tut, den zweiten erkennen — was man nach dieser Ablehnung positiv will und kann. Daß die Aufhebung von neuen Verordnungen nicht nur die erreichten Erfolge zuschanden machen, sondern den Sturz der Regierung herbeiführen würde — darüber waren sich alle einig; über das aber, was danach kommen würde, darüber sprachen sich die meisten Kritiker nicht aus, mit der Ausnahme eines Einzigen, der die Möglichkeit der Herbeiführung des Chaos zugab.

Die Regierung Brüning hat nicht das Vertrauen der Sozialdemokratie. Sofort wenn die Aussicht besteht, sie

durch eine bessere demokratischere und sozialer eingestellte zu ersetzen, muß sie gestürzt werden. Daß im Augenblick diese Möglichkeit nicht gegeben, ist die Tat des souveränen Volkes vom 14. September, das in der durch eine beispiellose Not geschaffenen Verwirrung eine antidemokratische Mehrheit in den Reichstag gewählt hat. Jetzt gilt es, nicht auszuweichen, sondern klar die Frage beantworten: Was wird eintreten, wenn wir heute Brüning stürzen?

Hugenberg-Hitler stehen vor den Toren, nicht nur des Reiches, sondern auch Preußens. Sie sind Gegner der Demokratie wie schärfste faschistische Arbeiterfeinde. Sollen wir es sein, die ihnen die Tore öffnen?

Wir glauben nicht, daß es revolutionärer Wille und Aufgabe des radikalen Sozialisten sein kann, selbst die Herrschaft der Reaktion des Faschismus herbeizuführen.

Dennoch darf die nun gefällte Entscheidung in keinem Arbeiter das Gefühl erwecken, jetzt sei eine Ruhepause eingetreten. Eilt es doch zunächst, den Kampf um die Umgestaltung der neuen Verordnungen aufzunehmen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bereits zu sämtlichen Abschnitten ihre wichtigen grundsätzlichen Anträge eingereicht. Sie wird den Kampf um eine Verbesserung auch dieser Verordnungen zu führen haben.

Sie wird darüber hinaus, zusammen mit den Gewerkschaften, dem dringendsten Problem zuleibe rücken müssen: der Milderung der Wirtschaftsnot.

Wird aber die Reaktion die Möglichkeit zu systematischem Fortarbeiten geben? Das muß bezweifelt werden. Die Uebergriffe, Rohheitsakte und Ueberfälle der Faschisten mehren sich, von außen gesehen macht Deutschland den Eindruck eines Volkes, das sich im labilen Zustand des Bürgerkriegs befindet. Gerade darum ist ja die Aufrechterhaltung der preußischen Position mit seiner bewaffneten Macht so bedeutsam! Ein Sieg des Bürgerkrieg-Faschismus braucht in seinen innerpolitischen Folgen nicht ausgemalt zu werden — ein Blick auf das Vorbild, das niedergeknebelte Italien, genügt. Aber die letzten Tage dürften auch den Blinden die Augen geöffnet haben über die außenpolitischen Perspektiven. Die Forderung der Faschisten im Reichstag nach Aufstellung einer Armee im Osten gegen Polen, nach Aufrüstung auch gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages enthüllen das ganze verbrecherische Kriegstreiben dieser Abenteurer und Landsknechte.

Es ist mehr als fraglich, ob auf die Dauer diese ganzen ungeheuren Gefahren nur mit parlamentarisch-demokratischen Mitteln zu bannen sein werden. Darum muß es jetzt ernster denn je für unsere Organisation heißen: „Bereit und gerüstet sein auf alles! Nutzt die Atempause zu emsigster, fieberhafter Vorbereitung auf alle Formen des Kampfes. In der entscheidenden Auseinandersetzung wird kein Flügel des Bürgertums zu uns stoßen, wird die sozialistische und freigewerkschaftliche Arbeiterschaft allein ihre Kraft einzusetzen haben. Darauf gilt es, sich einzustellen, schon heute ist die höchste Aktivität zu entfalten.

Oder sollen wir jetzt die Zeit damit vertrödeln, herauszufinden, wer von uns am häufigsten in der Vergangenheit recht behalten hat?

Niemand will das — und darum kann es nur heißen: Die treueste Kameradschaft schmiedet heute die Millionen des sozialistischen Proletariats zu stärkster Kampfgemeinschaft!

Hoffmann-Kaiserslautern tot

Montag vormittag verschied in Berlin unser Pfälzer Genosse, Reichstagsabgeordneter Johannes Hoffmann. Mit ihm verließ unsere Reichstagsfraktion ein Mitglied, das an Pflichttreue von keinem anderen zu überbieten war. Noch bei der letzten Wahlbewegung wirkte Hoffmann, obwohl bereits von einer heimtückischen und langwierigen Krankheit stark geschwächt, unermüdlich mit. Selbst in den letzten Tagen, als er bereits vom Tode gezeichnet war, ließ er sich nicht abhalten, seine Pflicht als Abgeordneter zu erfüllen und den Sitzungen beizuwohnen. Er war am 3. Juli 1867 in Ilbesheim bei Landau in der Pfalz geboren. Von 1887 bis 1908 wirkte er als Lehrer in Kaiserslautern. Diese Stelle mußte er aufgeben, als er 1908 von unserer pfälzischen Partei als Kandidat zum bayerischen Landtag aufgestellt und gewählt wurde. Dem Bayerischen Landtag gehörte Hoffmann bis 1920 an. Nach dem Umsturz bekleidete er im Ministerium Kurt Eisner das Amt des Kultusministers. Nach der Ermordung Eisners wurde er zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt, welche Stellung er bis zum Kapp-Putsch im März 1920 inne hatte. Genosse Hoffmann starb in den Sielen. Die gesamte Partei wird das Andenken des Verstorbenen in Ehren halten.

Nazis und Kozis

Landfriedensbruchprozeß in Görlitz

Görlitz, 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Unter starkem Andrang des Publikums begann hier heute vormittag vor dem Erweiterten Schöffengericht ein Prozeß wegen Landfriedensbruch, dem ein Vorfall von Bußtag, den 19. November, zugrunde liegt. An diesem Tage wurden, wie die Anklage annimmt, in Görlitz in der Gegend der Rothenburger Straße Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen und mißhandelt. Angeklagt sind 14 Personen, von denen sich noch acht in Haft befinden, darunter eine Frau. Sie werden beschuldigt, am 19. November an der öffentlichen Zusammenrottung einer Menschenmenge teilgenommen zu haben, die mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten beging. Die weibliche Angeklagte soll bei dieser Gelegenheit Personen ausgeplündert haben. Es sind 54 Zeugen und ein Sachverständiger geladen.

Das Gericht verkündete kurz nach 10.30 Uhr abends im Landfriedensbruch-Prozeß das Urteil. Die Angeklagten Hollack und Rösner werden zu je einem Jahr Gefängnis, Hilbich zu acht Monaten Gefängnis, Klaiber, Kleint und Alfred Sturm zu je sechs Monaten Gefängnis, Hans Blume zu sieben Monaten Gefängnis, Walter Blume, Khäsler zu je fünf Monaten Gefängnis, Knobloch und Frau Sturm zu je neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Korsch, Klauber und Nerger werden freigesprochen. Die Untersuchungshaft wird den Angeklagten voll angerechnet. Der Antrag auf Bewilligung einer Bewährungsfrist wird abgelehnt. Der gegen die Angeklagten Rösner und Hollack erlassene Haftbefehl wird aufrechterhalten, gegen die übrigen wird der Haftbefehl aufgehoben. — Während der Dauer der heutigen Verhandlungen hatten sich vor dem Gerichtsgebäude zahlreiche Arbeitslose und Kommunisten, überwiegend junge Burschen, angesammelt, so daß die Polizei wiederholt genötigt war, die Ansammlungen mit dem Gummiknüppel zu zerstreuen

Joseph und Hertha

Liebesbeichten des Abgeordneten Göbbels

Der Pubertätsjüngling als Volksführer – Die Sittlichkeit des Dritten Reichs bricht an – Literatur-Revolution – Werthers Leiden im braunen Hemd – Jugendliche haben keinen Zutritt

Seit Monaten ergießt sich über die deutschen Lichtspieltheater auf die Oeffentlichkeit eine Flut von großenteils ausländischen Filmerzeugnissen, die geeignet sind, das Ansehen Deutschlands im Auslande herabzusetzen, die deutsche Volksmoral zu vergiften, deutsche Frauenehre und deutsche Frauenwürde mit Füßen zu treten.

(Interpellation Dr. Frick, Göbbels und Genossen im Deutschen Reichstag.)

Die Nationalsozialisten wollen uns sittlich reinigen. Demnach ist anzunehmen, daß sie sich für die sittlichen Vorbilder der Deutschen halten. Weiße Mäuse, Blindschleichen und Stinkbomben sind wohl nur belebende Attribute der Lehren nationalsozialistischer Charakterbilder.

Einer der größten Propheten des nahenden Dritten Reichs ist neben den Sittlichkeitsrufern Pastor Münchmeyer und dem wegen Abtreibung bestraften Abgeordneten Weitzel auch Göbbels, der Zwerg mit dem gewaltigen Maulwerk. Sein Blatt „Der Angriff" veröffentlicht jetzt einen Liebesroman, eine Selbstbiographie von Joseph Göbbels. Er schildert darin seine Sache mit Hertha Holk. Wir nehmen an, daß dieser Roman eines der edelsten und sittlichsten Zeugnisse der Literatur des Dritten Reiches ist. Enthalten wir uns jeder Kritik. Lassen wir den Herrn Abgeordneten Dr. Göbbels selbst über sich und Hertha Holk berichten.

Achtung! Achtung! Der verliebte Göbbels beginnt:

Liebesroman mit Hertha Holk

„1. Januar. Hertha Holk schüttet mir ihre ganze Seelenfülle aus." (Und womit war die arme Hertha gefüllt?)

„4. Januar.

Ich träumte
Von dir:
Du lagst an meiner Seite,
Der blasse Mond spielte um deine linke Hand,
Und die war weiß wie Schnee.
Die rechte aber lag auf deinem Herzen
Und hob und senkte sich.
Wie deine Brust sich hob und senkte.
Und während ich so lag und mit mir haderte,
Da hörte ich von ungefähr,
Wie du verzweifelnd meinen Namen riefst,
Ganz leise nur, und so, als ob du bitten wolltest
Und ein Gefühl des Schmerzes überkam mich,
Der Wehmut ist und Last und Qual zugleich.
Gleich wie von dir gerufen, stand ich auf,
Kniete vor deinem Bett,
Barg meinen Kopf an deiner Brust
Und küßte deine weiße Hand."

(Daß Göbbels auch an Mondsucht leidet, kompliziert sein Krankheitsbild.)

„22. April. Ich bin sehr unglücklich, weil ich fühle, daß Du der erste und letzte warst, der mich so liebte, wie ich es wollte und wie ich es haben muß. Du warst ja selbst ein Suchender, ein Tastender. Wir Frauen haben etwas nötig, woran wir uns halten können. Unsre Seelen haben sich verloren, aber sie werden sich auf ewig suchen müssen. Hertha Holk."

(Joseph! Joseph! Du hättest die Potiphar nicht von dir gestoßen wie jener sittenstrenge Jude in Aegyptenland.)

Josephsfüllungen und Flügelschläge

„23. April. Ich schreibe das letzte Mal an Hertha Holk. Wir haben uns voneinander losgelöst. Wir haben uns einander bis zum Letztmöglichen erfüllt."

Nach diesem Liebeskater jammert unser Joseph wie ein nach Buße suchender Säufer:

„8. Mai. Die Wunde unsrer Zeit ist Zuchtlosigkeit, wir leiden daran." (In dieser reuigen Stimmung hat er wahrscheinlich mit Frick obige Sittlichkeits-Interpellation verfaßt.)

Nachdem er von der sündigen Hertha Holk kurzen Abschied genommen hat, bekennt Joseph Göbbels, M. d. R., mit anerkennenswerter Offenheit:

„Ich werde müde in den Beinen (das kann man sich wohl denken. Die Red.). Ich bin wohlig satt. Jetzt möchte ich etwas unternehmen, einen staubaufwirbelnden Aufsatz schreiben."

„Flügelschlagen. Die nächste Etappe wird angebrochen. Oben auf meinem Koffer liegt ein Packen weißer Bogen."

„Jesus Christus, eine dramatische Phantasie."

„Ich trage einen großen dramatischen Wurf." (Um Gotteswillen, Joseph, behalte ihn drin!)

Nun beginnt er doch wieder zu „dichten":

„Ich sitze täglich am Strande und dichte meine rauchenden Verse. Es geht wie im Fluge. Drei Szenen stehen auf dem Papier." (Rauchende Verse? Zigarren kann das Josephchen wohl nicht vertragen?)

Joseph wird erleuchtet und rast

„Mir ist, als lebe ich nicht mehr in dieser Welt. Ich rase im Rausch, im Traum, im Zorn, ich ahne neue Welten."

(Er wird doch nicht den Juden Einstein überstrahlen?!?)

„Ich halte Zwiesprache mit Christus. Die Erleuchtung ist über mich gekommen."

„Christus starb, Christus lebte. Ich habe ihn neu geschaut, so wie er ist. Jetzt bin ich ausgesprochen."

„Jeder Mensch von Format hat irgendwo, irgendwann eine Mission zu erfüllen."

„Käme Christus wieder, wie würde er seine falschen Bediensteten mit der Peitsche aus dem Tempel jagen."

(Keine Sorge, Joseph! Bei deinem Ponim würde dich Christus bestimmt für einen Synagogendiener halten.)

Am Schluß ist es aber doch mit den Welten und der Erleuchtung nichts. Göbbels muß anerkennen:

„Ich will immer fliegen und liege doch im Dreck."

Kein Wunder: in der Reichstagsfraktion!

Heil Hitler, heil Göbbels, heil der ganze Nazi-Dreck! Heil!

Verlängerung der Schulpflicht

Von den freien Gewerkschaften gefordert

Berlin, 15. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tagte gestern und heute in Berlin. An der Tagung nahmen auch die Bezirksekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil. Bevor der Ausschuß in die eigentliche Tagesordnung eintrat, nahm er eine Protestentschließung gegen das Verbot des Filmes „Im Westen nichts Neues" an. Sodann erstattete Leipart Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschußsitzung. Die Arbeitslosigkeit ist seit der letzten Sitzung unaufhaltsam gewachsen. Der Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt. Besonders die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch besondere Hilfsmaßnahmen, nicht zu letzt durch Erweiterung der Schulpflicht, wird vom Bundesausschuß mit Aufmerksamkeit verfolgt. Hierzu wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, physiologischen und pädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher grundsätzlich für eine Verlängerung der Schulpflicht eingetreten und halten auch heute an dieser Auffassung fest. Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterten Jugendschutz, da ein ganztägiger Schulbesuch den Eintritt in ein Berufsverhältnis um ein volles Jahr hinausrückt. Die längere Fernhaltung von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den Jugendlichen körperlich zu kräftigen und läßt Zeit zu geistiger Reife. Er wird dann seine Berufsentscheidung mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Hebung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung des Volkes zu erwarten. Die Verlängerung der Schulpflicht hat auch gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerläßlich. Gegen den Vorschlag, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu befristen und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre geeignet, den Grundsatz der allgemeinen Schulpflicht zu gefährden."

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen sprach Leipart auch über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es Stipedien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag geht dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten anregen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 Mark auszusetzen seien.

Im Zusammenhang mit der Preissenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachtbackverbotes erwogen worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten, vor allem, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik.

Dann berichtete Leipart kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Sassenbachs der Genosse Schewenels zum Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde zum Untersekretär der von der tschechoslowakischen Landeszentrale vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Denkschrift zu dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

Nr. 293. 12. Jhrag. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 16. Dezember 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Die rote Schüttelru'sche *

Auftrittslied

(Melodie: Bergleut zu Hauf.)

Aus der tiefen Nacht,
Aus dem dunklen Schacht,
Aus dem finsteren, schwarzen Elendsrevier,
Aus den Hütten der Armut da kommen wir,
Ein müdes Tier, ein müdes Tier.

Aufgewacht im Schacht!
Raus aus dumpfer Nacht!
In die Helle des Tages marschieren wir,
Wir sind Maschine noch Arbeitstier,
Wir fordern Recht, wir fordern Recht!

Recht dem Arbeitsmann;
Nieder der Tyrann!
Auf freier Erde ein freies Geschlecht
Und Brüderlichkeit und gleiches Recht
Erstreben wir, erstreben wir.

G. A. L.

* Wir drucken dieses Lied auf Wunsch vieler Leser ab. (Die Red.)

Drohender Abbau des Schulschwimmunterrichts?

Aus Eltern- und Lehrerkreisen wird Klage geführt, daß seit einigen Wochen die für den Schulschwimmunterricht zur Verfügung gestellten Schwimmzeiten auf die späten Nachmittagsstunden verlegt worden sind. Erfahrungsgemäß wird die Badeanstalt gerade in dieser Zeit in starkem Maße vom Badepublikum in Anspruch genommen, so daß die Erteilung eines ordnungsmäßigen Schwimmunterrichtes unmöglich ist. Einige Schulen haben aus diesem Grunde den Schwimmunterricht bereits eingestellt. Um einer weiteren Einschränkung vorzubeugen, ist es daher dringend erwünscht, daß die Badeverwaltung diese vielen unverständliche Maßnahme zurücknimmt und den ursprünglichen Zustand im Interesse der gesundheitlichen Förderung unserer Schuljugend wiederherstellt.

Es sei in diesem Zusammenhange auf das vorbildliche Vorgehen der Stadt Berlin hingewiesen. Dem Bezirk Friedrichshain mit seinen 320 000 Einwohnern und 69 Schulen steht ein eigenes Stadtbad zur Verfügung, das neben Wannen- und Brausebädern je eine Männer- und Frauenschwimmhalle aufweist. Da aber Nachbarbezirke auch ohne eigene Schwimmbäder auskommen müssen, sind die Einwohner dieser Bezirke und deren Schulen zum Teil auch auf das Stadtbad Friedrichshain angewiesen. Es war also bei der Durchführung des Schwimmunterrichts darauf Bedacht zu nehmen, daß sowohl die Interessen des badebedürftigen Publikums, als auch die Belange der Schulen berücksichtigt wurden. Nach jetzt 6jährigem, reibungslosem Betrieb kann man wohl sagen, daß das gesetzte Ziel erreicht worden ist. Bei einer jährlichen Besucherzahl von ungefähr 1 Million Badegästen erhalten im Stadtbad Friedrichshain jährlich 92 Schulen aller Schulgattungen Schulschwimmunterricht. Während der Zeit des Schulschwimmunterrichts täglich von 8 bis 14 Uhr, ist das übrige Badepublikum nicht von der Benutzung der Schwimmhallen ausgeschlossen, so daß der Schulschwimmunterricht in voller Oeffentlichkeit stattfindet. Der Unterricht wird erteilt von ständigen, staatlich geprüften Schwimmlehrern in Gemeinschaft mit den Turn- und Klassenlehrern. Zugelassen wird das 7. Schuljahr der Schulen, denen stets 1 Jahr Unterrichtszeit zur Verfügung steht. Auf diese Weise sind in 6 Jahren im Stadtbade Friedrichshain 25 510 Knaben und Mädchen der Volks- und höheren Schulen, der Taubstummen- und der Hilfsschulen ausgebildet worden. Nichtschwimmer blieben 2,09 Prozent. An Zeugnissen konnten ausgegeben werden: Freischwimmerzeugnisse 9365, Fahrtenschwimmerzeugnisse 8452, Rettungsschwimmerzeugnisse 2786. Erwähnt soll noch werden, daß heil- und sonderturnbedürftige Kinder durch den Schwimmunterricht körperlich sehr günstig beeinflußt worden sind. Teilweise ist eine völlige Heilung der Haltungsfehler eingetreten.

Auch in Gelsenkirchen konnte die Schulverwaltung über günstige Ergebnisse des Schulschwimmunterrichtes berichten. Ein Abbau dieser segensreichen Einrichtung wäre ein grober Verstoß gegen die Volksgesundheit und Volkskraft. F. H.

Um den 15-Pfennig-Tarif

Die Vestischen Kleinbahnen zu der Antwort der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen über den Kurzstreckentarif.

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein schreibt uns:

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir die ablehnende Antwort, die uns die Direktion der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen auf unseren Antrag betreffend die Einführung des 15-Pf.-Tarifs erteilte. In diesem Schreiben hieß es u. a.:

„Die Vestischen Kleinbahnen als reine Ueberlandbahn haben nur einen ganz geringen Verkehr von Kurzfahrern, und ist im übrigen bisher noch in keiner Weise erwiesen, daß der durch die Herabsetzung des Fahrpreises dieser Bahn der erzielte Erfolg den Erwartungen entsprochen hat."

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein erklärte sofort, daß die Antwort der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen in mancher Hinsicht anfechtbar sei. Jetzt erhielt er von den Vestischen Kleinbahnen eine Zuschrift, die beweist,

wie sehr der Gelsenkirchener Verkehrsverein mit seiner Forderung: Führt den 15-Pf.-Tarif wieder ein! recht hatte.

Die Vestischen Kleinbahnen erklären:

„Zur Richtigstellung sei darauf hingewiesen, daß die Zahl der Kurzfahrer auch bei den Vestischen Kleinbahnen gar nicht so gering ist, wie das in dem erwähnten Artikel (Antwort der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen!) glaubhaft gemacht werden soll. Vielmehr entfallen bei den Vestischen Kleinbahnen etwa 46 Prozent aller barzahlenden Fahrgäste allein auf 1 bis 2 Teilstrecken. Der Erfolg der Einführung des neuen 15-Pf.-Fahrscheines war im Monat November d. J. eine nicht unerhebliche Zuwanderung von Fahrgästen, was natürlich auch entsprechende Mehreinnahmen mit sich brachte."

Wir werden in Kürze noch ausführlichst zu dieser Frage Stellung nehmen.

Von der städtischen Preissenkungspolitik

Hd. Auf dem Gebiete der Preissenkung liegt für die Städte ein weites Tätigkeitsfeld. Die Schwierigkeit, ja, Unmöglichkeit einer zentralen Behandlung des weitschichtigen Preisproblems, die ungeheure Mannigfaltigkeit der Preisvorgänge namentlich im Kleinhandelsumsatz, die starken Unterschiede ferner, die hier zwischen den einzelnen Ortschaften bestehen — alles das macht die tatkräftige Mitarbeit der Kommunen unentbehrlich. Von ihrem Wirken hängt nicht zuletzt eine Verbilligung der Lebenshaltung für Millionen von Verbrauchern ab. Wenn in den deutschen Klein-, Mittel- und Großstädten nicht weniger als 54 Prozent der deutschen Bevölkerung leben, so bedeutet das, in diesem Zusammenhange gesehen, nichts anderes, als daß die Stadtbevölkerung den Hauptteil der Konsumentenschaft ausmacht. Allein in den Großstädten haben sich riesige Verbrauchermassen zusammengeballt; man halte sich nur vor Augen: jeder vierte Deutscher ist ein Großstädter.

Es ist daher von weitest tragender Bedeutung, daß sich die Städte mit in die Front der Preissenkungsaktion gestellt haben. Ihr Eingreifen kann in vielen Punkten entscheidend sein. Sie sind es, die zur Verhandlung mit den örtlichen Organisationen der Verkäufer über Preisabschläge am besten geeignet sind. Sie sind es auch, die Einfluß auf die Verbraucherschaft nehmen können. Dabei wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, dem Verbraucher einen Ueberblick über die Marktverhältnisse zu schaffen. Das kann am zweckmäßigsten durch möglichst weitgehende Preiserhebungen und Preisveröffentlichungen geschehen. Jeder Konsument, namentlich die Hausfrau, soll wissen, wo man am billigsten einkaufen kann. Zugleich gilt es, dem kaufenden Publikum selbst den Preisvergleich von Laden zu Laden zu erleichtern, z. B. durch Preisauszeichnungen in den Geschäften. Welche Möglichkeiten sich hier für die Gemeinden in Zusammenarbeit mit gewerbepolizeilichen Instanzen namentlich auf dem Gebiete der Brotversorgung bieten, dafür nur ein Beispiel. In der Reichshauptstadt hat vor kurzem der Polizeipräsident mit Zustimmung des Magistrats auf Grund des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930 eine Verordnung erlassen, die u. a. festsetzt: Aushang des Preises und des Gewichts von Backwaren in allen Verkaufsstellen, Bereitstellung einer Waage, auf der jeder Käufer das Gewicht der gekauften Backware an Ort und Stelle nachprüfen darf.

Mit solchen und ähnlichen Maßnahmen innerhalb jeder Kommune allein ist es aber noch nicht getan. Eine Zusammenarbeit der Städte untereinander, ein reger Austausch von Erfahrungen, Anregungen und Tatsachenmaterial kann darüber hinaus wertvolle Impulse für den Fortgang der gesamten Aktion geben. Hier leistet die Spitzenorganisation der Städte, der Deutsche Städtetag, als Vermittlungsinstanz wertvolle Dienste. Er hat sich vor allem auch angelegen sein lassen, von Stadt zu Stadt einen Austausch von Preisnotierungen, von Ermittlungen über die Größe der Preisspannen einzurichten. In Zusammenarbeit mit der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen ist von ihm ein Schnelldienst über Preisspannen bei den wichtigsten Lebensmitteln des Massenbedarfs, u. a. für Brot, Fleisch, Kartoffeln usw., ins Leben gerufen worden. Dadurch werden Preisvergleiche zwischen den einzelnen Gemeinden ermöglicht. Das wiederum schafft Voraussetzungen, um manche lokalen Preisüberhöhungen zu erkennen und abzutragen.

Die Christen auf den „Gimpelfang"

In der Nr. 340 vom Donnerstag, dem 11. Dezember, der „Gelsenkirchener Zeitung" wird unter großer Aufmachung den Berufskraftfahrern eine neue Interessen-Vertretung, und zwar die christliche Organisation schmackhaft gemacht. Bis heute hat die christliche Organisation (Berufsverband Deutscher Kraftfahrer) noch nicht den Beweis erbracht, daß sie in irgendeiner Form in Deutschland etwas für die Berufskraftfahrer getan haben.

Wer auf den ersten Blick diesen Artikel liest, der glaubt, daß der Berufsverband Deutscher Kraftfahrer eine Mitgliederzahl von 70 000 hat. In Wirklichkeit wird mit diesen Zahlen von seiten der christlichen Kraffahrer jongliert, um den Berufskraftfahrern dieses christliche Gebilde schmackhaft zu machen. In Wirklichkeit zählt der Berufsverband Deutscher Kraftfahrer (christliche Organisation) im gesamten deutschen Gebiet „1200 Mitglieder". Dann ist aus dem Artikel zu ersehen, welche Vergünstigungen gewährt werden. Die dort angeführten Vergünstigungen sind schon seit Jahrzehnten im Reichsverband der Berufskraftfahrer eingeführt.

Was der Wirtschaftskampf des Berufskraftfahrers mit der christlichen Weltanschauung zu tun hat, ist uns nicht klar. Hieraus ergibt sich, daß von dieser Seite die Weltanschauung des Berufskraftfahrers in den Wirtschaftskampf mit hineingezogen wird. Der Reichsverband der Berufskraftfahrer fragt nicht danach bei dem Eintritt in die Organisation, welche Weltanschauung der Berufskraftfahrer hat, sondern er vertritt die Auffassung, daß im Wirtschaftskampf die Weltanschauungsfragen zurückgestellt werden müssen, und in diesem Wirtschaftskampf keine Zersplitterungen der Kräfte stattfinden dürfen, sondern daß es heute heißen muß, Konzentration der Kräfte. Je mehr man dazu übergeht, durch neue Gebilde die Kraftfahrer zu zersplittern, je weniger wird die Aussicht vorhanden sein, eine Besserstellung der Berufskraftfahrer herbeiführen zu können. Der Reichsverband der Berufskraftfahrer im Gesamtverband hat heute 72 000 organisierte Berufskraftfahrer und diese gehören dem Gesamtverband mit zirka 700 000 Mitgliedern an. Daraus ergibt sich von selbst, daß die wahren Interessen-Vertretungen doch nur dort von Erfolg sein können, wo die Massen mitwirken.

Deshalb, Berufskraftfahrer, laßt euch durch die Reklametrommel der christlichen Organisation nicht irreführen, die einzig und wahre Interessen-Vertretung in Gelsenkirchen und Umgegend liegt nach wie vor im Reichsverband der Berufskraftfahrer im Gesamtverband.

Wieder ein Arbeiter zur N. S. D. A. P. übergetreten!

Ein neues Sudelblatt.

Wir hatten schon mehrfach das zweifelhafte Vergnügen, uns mit dem Nazi-Sudelblatt „Die neue Front", das in Essen erschien, zu beschäftigen, ließen es sich doch die Skribenten dieses Lügenblättchens nicht nehmen, auch führende Leute der SPD. in Gelsenkirchen zu verunglimpfen und zu verleumden. Aber den Nazis ist ihr Erfolg vom 14. September so nachhaltig in den Kopf gestiegen, daß sie die „Neue Front", die wöchentlich einmal erschien, eingehen ließen und dafür eine Tageszeitung herausgaben, der sie den schönen Namen „National-Zeitung" gegeben haben. Diese neueste Sumpfblüte im deutschen Blätterwalde erschien gestern, am 15. Dezember, erstmalig. Bombastisch wenden sich die Auch-Redakteure der Nazis an die Oeffentlichkeit.

„Deutsche Männer und Frauen!

Die neue täglich erscheinende nationalsozialistische Zeitung des deutschen Westens, die langersehnte National-Zeitung erschien zum ersten Male am Montag, dem 15. Dezember, mittags."

Nett, wie die Faschisten um die deutsche Sehnsucht Bescheid wissen. Vorläufig scheint aber die Sehnsucht der Nazis nach den Groschen ihrer Wähler größer zu sein, als deren Sehnsucht nach einer täglichen Nazizeitung. Uns kann es gleich bleiben, wer da das größere Fiasko erlebt.

In dem angeführten Aufruf preisen dann die Faschisten ihre neue Zeitung in allen Tonarten und beehren sich dann auch, ihren Herrn Hauptschriftleiter vorzustellen.

„Die Hauptschriftleitung der National-Zeitung liegt in den Händen des seit Jahren in der Presse des Ruhrgebietes tätigen Pg. Graf von Schwerin."

Siehste woll, da kimmt er. Schon wieder ein Arbeiter. Man sieht es doch wirklich jeden Tag mehr, daß die Nazis die einzige Arbeiterpartei sind. Also, der Graf von Schwerin ist bei den Nazis gelandet. Wo war er denn bisher? Ziemlich still und bescheiden hockte er bei der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" als Ressort-Redakteur. Nun hat er den großen Sprung ins Ungewisse gewagt. Er ist Hauptschriftleiter geworden.

Was sagt denn wohl der ehr- und strebsame Herr Zilkens dazu, der bisher die „Neue Front" zusammenschmierte? Wir können es diesem fanatischen Streber nachfühlen, daß es ihm nicht leicht wird, unter dem Herrn Schwerin zu arbeiten. Wie mag der entthronte Hauptschriftleiter seinen Vorgesetzten wohl anreden? Parteigenosse oder Herr Graf?

Und noch eins. Die National-Zeitung hat in ihrem „Kopf" auch so etwas wie ein Wappen, sagen wir Fabrikmarke. Wie alles bei der N. S. D. A. P., so ist auch diese Fabrikmarke ein Plagiat. Diesmal haben sie eine Anleihe bei den Kommunisten gemacht, und zwar beim „Antifaschistischen Schutzbund". Dieser trägt als Abzeichen Hammer, Sichel und Schwert. Was machen die braven Faschisten von der National-Zeitung? Sie nehmen die Sichel aus diesem Abzeichen heraus und fügen einen Schlegel dafür ein. Ihre Marke ist also Hammer, Schlegel und Schwert. Genau in der gleichen Anordnung wie bei der KPD. Man muß genau hinsehen, sonst verwechselt man die beiden Dinger. Na, ja, Nazis und Kozis sind oft nicht voneinander zu unterscheiden.

Heul-Heul!

Was erwartet der Gelsenkirchener Verkehrsverein von seinen Mitgliedern?

Der Gelsenkirchener Verkehrsverein schreibt uns:

1. Daß sie nur am Ort ihre Einkäufe tätigen!
2. Nicht zu vergessen, daß sein Reisebüro, das mit großen Kosten im Interesse der Allgemeinheit eingerichtet wurde und in dem täglich außerordentlich viele Auskünfte nach bestem Wissen unentgeltlich erteilt werden, am Bahnhofsvorplatz — also bequem am Wege zum Hauptbahnhof liegt!
3. Daß sie stets daran denken, in diesem modern ausgebauten Reisebüro, das Werktags während der Wintermonate von 8.30 bis 19 Uhr durchgehend und Sonntags von 10 bis 14 Uhr geöffnet bleibt, Ihre Eisenbahnfahrkarten und Fahrscheinhefte für In- und Ausland zu lösen!
4. Daß Sie sich sagen: Der Verkehrsverein profitiert auch an der billigsten, nach der nächstgelegenen Station gelösten Fahrkarte (auch Sonntagsfahrkarte)!
5. Daß Sie in Ihrem Bekannten- und Freundeskreise immer wieder auf die gemeinnützigen Bestrebungen des Verkehrsvereins hinweisen, seinem Reisebüro Kunden zuführen und im Hinblick auf die sonstigen großen Verkehrsaufgaben auch Mitglieder werben!



Gleisarbeiten am Bahnhofsvorplatz. Bereits seit einer Woche wird am Bahnhofsvorplatz, am Eingang der Bahnhofstraße, fleißig gebuddelt. Arbeiter sind hier mit Gleisreparaturen der elektrischen Straßenbahnen beschäftigt. Mehrere alte Schienenstücke und einige Weichenanlagen wurden ausgebessert. Tag und Nacht wurde gearbeitet und am Samstagnachmittag war die Arbeit zum größten Teile fertiggestellt, so daß der an dieser Stelle überaus große Verkehr, der während der Arbeiten recht oft ins Stocken geriet, wieder glatt von statten ging. Aber bereits am Montagmorgen wurden die Arbeiten wieder aufgenommen, nur einige Meter weiter. Viele Interessenten verfolgen die Arbeit, die hoffentlich auch bald zum Abschluß gebracht sein wird.

Von Motorrad angefahren. Eine sehr gefährliche Ecke ist seit einiger Zeit die Kreuzung Bismarck- und Schultestraße. Kaum sind 14 Tage seit dem letzten Unfall vergangen, da ereignete sich am Montagvormittag erneut ein Unglück an der gleichen Stelle. Ein älterer Motorradfahrer fuhr die Bismarckstraße hinunter. An der Ecke Schultestraße fuhr das Motorrad einen 20jährigen Burschen an, der zu Boden geworfen wurde und Verletzungen an der Stirn, im Gesicht und an den Händen davontrug.

Einbrüche. In der Nacht zum 11. dieses Monats wurde in die Trinkhalle, Ecke Vereins- und Sellhorststraße, eingebrochen und für etwa 10 RM Zigaretten und Tabak gestohlen. In der gleichen Nacht ist auch eine Trinkhalle in der Gewerkenstraße erbrochen worden. Hier stahlen die Täter für etwa 50 RM Schokolade, Bonbons, Bratheringe und Zigarren. — In der Filiale des Konsumvereins „Eintracht", Ecke Bismarckstraße und Margaretenhof, wurde in der Nacht zum 12. dieses Monats eine Schaufensterscheibe zertrümmert, aus der Auslage wurde ein Schinken, Wurst und Fleischwaren im Werte von 80 bis 90 RM gestohlen. — In der Nacht zum 13. dieses Monats ist in eine Gastwirtschaft auf der Wilhelminenstraße eingebrochen worden. Es sind Zigarren, Marke Perle von Cynhausen, Severra und Cubana, sowie Zigaretten, Marke Ulmenried, Overstolz, Attika, Löwenbrück und Ravenklau, ferner einige Flaschen Weinbrand, Marke Strauß, gestohlen worden. — In der Nacht zum 15. dieses Monats wurde an einem Geschäft, Ecke Grenz- und Bismarckstraße, eine Schaufensterscheibe zertrümmert und aus der Auslage für etwa 100 RM Sammetstoffe entwendet. Es handelt sich um folgende Stoffe: 4,50 Meter roten, 4,50 Meter blauen, 4 Meter roten mit weißem Muster, 4 Meter schwarzen mit rotem Muster und 4 Meter roten mit scharzem Muster. Außerdem wurden zwei blaue Kittel und zwei Damenschürzen mitgenommen. — Mitteilungen, die vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11-13, Zimmer 1 bis 12, entgegen.

STADTTEIL BUER

Keine Aenderungen

Der Wunsch des Stadt, auch den Amtsgerichtsbezirk Buer für arbeitsgerichtliche Streitigkeiten dem Arbeitsgericht Gelsenkirchen anzugliedern, ist jetzt durch eine Verfügung des preußischen Justizministers bis zum nächsten Jahre ausgesetzt worden.

Warenhausdiebinnen. In einem Warenhause hierselbst wurde eine Ehefrau L. aus Marl bei einem Diebstahl ertappt. In ihrer Begleitung befand sich ihre Schwester Z. aus Marl, die jedoch das Weite gesucht hatte. Die entwendeten Sachen wurden der Frau abgenommen und dem Geschädigten wieder zugestellt. Eine Durchsuchung in ihren Wohnungen förderte noch eine große Menge Diebesgut zutage. Hier handelt es sich um Pelze, Schirme, Handtaschen, Aktentaschen, Tischdecken, Schuhe, Velourhüte, Rauchverzehrer und dergleichen mehr. Die gestohlenen und wieder herbeigeschaffenen Sachen haben einen Wert von 180 RM. Bevor sich die Frauen am 12. d. M. in das Warenhaus begeben haben, hatten sie bereits in einem anderen Kaufhause einige Sachen entwendet.

Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht bei einem Friseur G. an der Bertlicher Straße verübt. Die Diebe erbrachen zunächst gewaltsam das vor der Tür befindliche Gitter und drückten dann die Tür ein. Aus dem Geschäft entwendeten sie dann Zigarren, Zigaretten, Tabak und fünf Rasiermesser im Gesamtwert von 450 RM.

Nächtlicher Ueberfall. Der vergangene Sonntag kann als ein unruhiger Tag bezeichnet werden. Während in den Nachmittagsstunden größere Ansammlungen in der Stadtmitte vor sich gingen, war es auch an einigen Stellen des späten Abends noch recht lebhaft. Auf dem Nachhausewege wurde nachts gegen 3 Uhr der Kellner Paul Hinz aus der Kurzen Straße in Buer-Resse, der im Lokale Pennemann in Buer-Scholven gearbeitet hatte, von drei maskierten Männern unter Vorhaltung eines Revolvers, in der Nähe des Stadtwaldes, auf der Resser Straße angehalten und überfallen. Als der Ueberfallene den nächtlichen Räubern kein Gehör schenkte und seinen Weg gehen wollte, wurde der junge Mann durch einen Revolverschuß am Oberschenkel schwer verletzt. Ein Radfahrer fand den Verletzten und nahm sich des Ueberfallenen sofort an. Nachdem man dem Verletzten einen Notverband angelegt hatte, transportierte die inzwischen benachrichtigte Unfallstelle den Ueberfallenen zum Marienhospital. Ob die Räuber Geld an sich genommen haben, ließ sich vorerst noch nicht feststellen, da die Untersuchung über diesen Fall noch im Gange ist.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Liebe ist Geschäft!

Die Bitterkeiten der käuflichen Liebe mußten am 26. Juli dieses Jahres zwei Männer kennenlernen, die Anschluß an eine dieser Frauen gefunden hatten. Sie konnten ja nicht wissen, daß die Vertreterin des besseren und zarteren Geschlechtes, die sie vor sich hatten, nicht weniger als 25mal vorbestraft war. Jedenfalls ergab die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, daß die 34jährige, unter Sittenkontrolle stehende Angeklagte A. K., es auf das geschickteste verstanden hat, ihren zum Teil recht erheblich betrunkenen Opfern Geld und Wertsachen zu entwenden. Nach ihrer Einlieferung auf die Polizeiwache hat sie dort noch einen unerhörten Tanz vollführt. Sie riß sich (vielleicht um ihre Unschuld zu beweisen) die Kleider vom Leibe und stand da im Evaskostüm. Sie gab an, stark unter dem Einfluß des Alkohols gestanden zu haben. Nur dann mache sie solche Dummheiten. Weil sie aber wegen Rückfalldiebstahls bestraft werden mußte, blieb es nicht bei einer geringen Strafzumessung. Zwei Fälle standen zur Aburteilung. Sie erhielt eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis und drei Wochen Haft wegen groben Unfugs. Außerdem wurde Haftbefehl erlassen und die Angeklagte, weil Fluchtverdacht besteht, ins Gefängnis eingeliefert. Während die Angeklagte A. K. und der Vorsitzende sie ermahnte, in Zukunft vorsichtigte zu sein, aus dem Saale schritt, meinte sie: Es ist ja egal! Ich hab ja doch nichts vom Leben! Immerhin wird es eine unangenehme Zeit sein, dieses Jahr ohne Freiheit.

Krise der Selbstverwaltung?

Von Dr. Oskar Mulert.

In dem soeben erschienenen Dezemberheft der Zeitschrift „Der Städtetag" nimmt der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, zu der gegenwärtigen Lage der deutschen Selbstverwaltung Stellung. Wir bringen aus dem bedeutsamen Artikel nachfolgenden Auszug.

Zweifellos befindet sich die Selbstverwaltung, wie alles öffentliche, politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland, in einer gewissen Krise. Es ist billig, an den äußeren Erscheinungsformen Kritik zu üben; wertvoll können aber nur die Untersuchungen sein, die auf den Kern des Problems eingehen.

Die Krise begann mit dem ungehemmten Anschwellen der Wohlfahrtserwerbslosenlasten, denen die Gemeinden mit gebundenen Armen ausgeliefert waren.

Sie trat in ihr zweites Stadium bei den Versuchen, für diese unbeeinflußbaren Ausgaben neue Einnahmen aus eigener Entschließung und Verantwortung zu schaffen. Sie wird ihren Höhepunkt erreichen, wenn das Mißverhältnis zwischen Ausgabenflut und eigenen Einnahmen in der einen oder anderen Gemeinde zur Katastrophe führt. Diese Zuspitzung wird dann die Lösung erzwingen, wenn diese nicht vorher nach den ruhig abwägenden Vorschlägen des Städtetages erreicht worden ist. Das formelle Versagen vieler Gemeindevertretungen bleibt vom Standpunkt der Selbstverwaltung aufs höchste zu bedauern. Völlig verfehlt ist es aber, aus diesem Anlaß von einem Niederbruch der Selbstverwaltung schlechthin zu sprechen.

Die tieferen Ursachen der jetzigen Krise liegen in der fehlerhaften Verteilung der Zuständigkeiten, insbesondere der Lasten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und in der fehlerhaften Gestaltung des Einnahmerechts der Gemeinden.

Nachdem die Selbstverantwortung durch die Gesetzgebung zehn Jahre lang in stärkstem Maße eingeschränkt worden ist, erfolgt in der größten allgemeinen Finanznot, im Versagen einzelner Gemeindevertretungen jetzt die unerwünschte Quittung und Antwort. Was dem flüchtigen Beschauer als Krise der Selbstverwaltung erscheint, ist in Wirklichkeit die Krise, die Tragödie der innerdeutschen Verwaltungsreform.

Die gleichen Erscheinungen, die gleichen Kräfte, die Reich und Land bei entscheidenden Schritten von der regulären Gesetzgebung zu Notverordnungen abgedrängt haben, wirken sich selbstverständlich (und aus psychologischen Gründen in erhöhtem Maße) auch in den Stadtparlamenten aus. Reichsfinanzminister Dietrich wies in seiner letzten Reichstagsrede mit Recht darauf hin,

daß der Einfluß der Organe eines Staates immer so groß sein wird, wie ihre Verantwortungsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit, und daß die Gefahr bestehe, daß ein Parlament, in dem große, lediglich negierende Parteien sitzen, die jede Verantwortung ablehnen, in seinem Einfluß zurückgehe.

Die Organe einer Gemeinde werden nicht anders zu beurteilen sein.

In dem Augenblick des äußersten Notstandes gibt ein Notverordnungsrecht der Regierung im Reich und in den Ländern das Recht, beim Versagen des Parlaments unter bestimmten Voraussetzungen selbst die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Die Aufrechterhaltung eines geordneten Etats ist die Lebensgrundlage auch der Gemeinde.

Und doch ist der Selbstverwaltung bisher ein dem Notverordnungsrecht paralleles Notbeschlußrecht in den äußersten Fällen zur Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung durchaus mit Unrecht versagt. Staatskommissare haben schon einmal, im 18. Jahrhundert, dazu beigetragen, die kommunale Selbstverwaltung zu erdrosseln. Erst der folgende Zusammenbruch des Staates zeigte, wie unerläßlich die lebendige Mitarbeit des Bürgers in der Selbstverwaltung für den Wiederaufbau und die Stärkung des Staates ist. Nicht Beseitigung oder Suspendierung, sondern systematischer Ausbau einer verantwortlichen Selbstverwaltung kann deshalb auch heute nur die Losung sein.

Nur durch eine Stärkung des Reichsgefüges und einen Ausbau des Selbstverwaltungsgedankens wird der dem Wesen des Deutschen entsprechende Mittelweg zwischen Zusammenfassung und Dezentralisierung gefunden werden können. Nie war die unmittelbare Einwirkung des Reichs auf die Gemeinden größer als heute. Nie aber waren auch die Vorgänge in den Gemeinden in ihrer Rückwirkung bedeutsamer für die Gesamtheit als jetzt. Die Städte haben volles Verständnis dafür, daß das Reich bestrebt war, die verhängnisvollen Folgen der Wirtschaftskrise zunächst im eigenen Etat zu bereinigen. Macht die Reform aber hier halt, so wird sie ihr Ziel nicht erreichen. Niemand wird die für die Gemeinden vorgesehenen finanziellen Erleichterungen, die die Kommunen in erster Linie der verständnisvollen Hilfe des Reichsfinanzministers verdanken, verkleinern wollen. Aber die Neugestaltung der Gemeindebiersteuer in der Juli-Notverordnung und ihre jetzige Erweiterung, die auf das Jahr 1931 beschränkte Getränkesteuer und die Bürgersteuer auf der Einnahmenseite, die Gehaltskürzung auf der Ausgabenseite werden weder der finanziellen Lage der Gemeinden gerecht, noch erfüllen sie die an die Reform vom Standpunkt der Selbstverwaltung zu stellenden systematischen Forderungen. Nur die Schaffung einer Gemeindeeinkommensteuer unter Aufgabe der jetzigen Gemeindeanteils an der Reichseinkommensteuer und die organische Verbindung dieses selbständigen gemeindlichen Besteuerungsrechts mit den Realsteuern kann auf der Einnahmenseite die Beweglichkeit und Verantwortlichkeit im Gemeindehaushalt wiederherstellen.

Es gilt aber, sofort zu handeln. Die deutschen Städte werden aus eigener Entschließung alle Maßnahmen ergreifen, um ihren Haushalt in Ordnung zu bringen. Sie wollen dadurch der schwierigen Gesamtlage der Wirtschaft Rechnung tragen. Um so notwendiger ist die sofortige Mitarbeit des Reiches:

Krisenfürsorge und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge müssen unter finanzieller Entlastung der Gemeinden, aber zugleich unter neuer Zusammenarbeit von städt. Wohlfahrtsamt und Arbeitsamt der Reichsanstalt sofort zusammengefaßt werden, wenn diese Zusammenfassung nicht in wenigen Wochen durch die finanzielle Entwicklung bei den Gemeinden unter ungünstigeren Verhältnissen erzwungen werden soll.

Die deutschen Städte sind sich der Verantwortlichkeit des Augenblicks und der Notwendigkeit ihrer Mitarbeit am Gelingen des Gesamtwerkes vollkommen bewußt. Mögen Reich und Länder ihnen die Voraussetzungen für ein verantwortliches Arbeiten schaffen. Dann werden auch die jetzigen Krisenerscheinungen der Selbstverwaltung schwinden.

*

Zu den vorstehenden Ausführungen über die Erhebung einer Gemeindeeinkommensteuer möchten wir ganz besonders auf die Steuerbroschüre des Oberbürgermeisters Hamm verweisen, der die Einkommensteuer ganz den Gemeinden zuschieben will. Der Hammsche Standpunkt hat vieles vor dem des Herrn Mulert voraus.

Einmalige Unterstützung für Antragsteller auf Elternrente und Elternbeihilfe, deren Antrag wegen Fristversäumnis abgelehnt wurde

Wie der Pressedienst des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister in einem Runderlaß angeordnet, daß einmalige Unterstützungen an die Eltern gezahlt werden sollen, bei denen zweifellos der Antrag, wenn er rechtzeitig gestellt wäre, zur Bewilligung der Elternrente geführt hätte.

Die Unterstützung beträgt an einem Orte der

Sonderklasse für ein Elternpaar 100 RM, für einen Elternteil 60 RM,
Ortsklasse A für ein Elternpaar 90 RM, für einen Elternteil 55 RM,
Ortsklasse B für ein Elternpaar 80 RM, für einen Elternteil 50 RM,
Ortsklasse C für ein Elternpaar 70 RM, für einen Elternteil 45 RM,
Ortsklasse D für ein Elternpaar 60 RM, für einen Elternteil 40 RM.

Soweit möglich sind die Unterstützungen noch vor Weihnachten auszuzahlen.

Zusatzrente an Kriegereltern.

Zur Behebung von Zweifeln über die Gewährung von Zusatzrente an Kriegereltern hat der Gau Baden des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten sich mit dem badischen Ministerium des Innern in Verbindung gesetzt. Vom badischen Ministerium ist folgender Runderlaß an die Bezirksfürsorgeverbände herausgegeben:

„Im Hinblick auf die zwingende Vorschrift des § 90, Absatz 5, Reichsversorgungsgesetz, wonach Empfänger einer Elternrente stets die volle Zusatzrente erhalten, ist die Einholung der Genehmigung gemäß Erlaß vom 9. Oktober 1930, Nr. 93 668, zu Nachzahlungen für Elternrentenempfänger nicht erforderlich. Hierbei wird jedoch auf § 197 BGB. aufmerksam gemacht, wonach Ansprüche auf Renten nach vier Jahren verjährt sind. Nachzahlungen über diesen Zeitraum können daher in der Regel nicht gemacht werden."

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Bundesvorstand des Reichsbundes gegenüber die Richtigkeit der Auffassung des badischen Ministeriums bestätigt. —

Befreiung von den Rundfunkgebühren.

An den Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten wurden wiederholt aus dem Reiche Anträge gestellt, darauf hinzuwirken, für die 100prozentigen erwerbsunfähigen und zum Teil auch pflegebedürftigen Epileptiker, die ihres Leidens wegen Konzert- und Theaterveranstaltungen sowie Versammlungen nicht besuchen können, generell Befreiung von den Rundfunkgebühren nachzusuchen. Diesem Ersuchen nachkommend, hat der Bundesvorstand sich am 4 November dieses Jahres an das Reichspostministerium in Berlin mit einer spezialisierten Eingabe gewendet und insbesondere auf den Erlaß im Amtsblatt des Reichspostministeriums Nr. 32, S. 165 I, Ziffer 6, hingewiesen und Erweiterung der dort gegebenen Bestimmungen vorgeschlagen.

Der Reichspostminister hat am 18. November dieses Jahres unter Nr. III 5222 —0— folgende Antwort erteilt:

„Nach den gegenwärtigen Bestimmungen über den Erlaß der Rundfunkgebühren können die Postämter auf Antrag solchen Schwerkriegsbeschädigten die Rundfunkgebühren erlassen, die infolge ihres Leidens in ihrer Bewegungsmöglichkeit und im Besuche von öffentlichen Vorführungen ernstlich behindert sind und sich in bedrängter wirtschaftlicher Lage befinden. Auch die an Epilepsie leidenden Schwerkriegsbeschädigten können danach von der Zahlung der Rundfunkgebühren befreit werden, sofern die vorgenannten Voraussetzungen auf sie zutreffen. Die Entscheidung für den Einzelfall muß jedoch dem zuständigen Postamt überlassen bleiben. Es ist zu meinem Bedauern nicht möglich, die Voraussetzungen allgemein bei solchen Kranken als erfüllt zu betrachten. Die Postämter sind gehalten, in Grenzfällen wohlwollend zu entscheiden.

Die Handelskammer Düsseldorf gegen die neuen Zollerhöhungen der Landwirtschaft

Die Industrie- und Handelskammer Düsseldorf hat an die beteiligten Ministerien folgendes Telegramm gerichtet:

Die Handelskammer Düsseldorf hat stärkste Bedenken gegen die geplanten Agrarzollerhöhungen. Die Gefährdung des wichtigen Düsseldorfer Exportbezirks durch Gegenmaßnahmen des Auslandes wäre unvermeidlich. Düsseldorf exportiert im größten Umfange namentlich Röhren, Draht, Metallwaren, Maschinen, Apparate nach Holland, Dänemark, Frankreich, Schweiz, Italien und zahlreichen weiteren Ländern in Nord-, Ost- und Süd-Europa, die durch die Agrarzollerhöhungen betroffen würden. Die Zahl der Arbeitslosen im Düsseldorfer Wirtschaftsbezirk, die schon jetzt 52 000 gegen 27 000 im Dezember 1929 beträgt, müßte unabsehbar steigen, die Kaufkraft der Verbraucher und ihre Aufnahmefähigkeit für deutsche landwirtschaftliche Produkte erheblich sinken. Daher hätte die Landwirtschaft von neuen Zollerhöhungen keinen Vorteil. Außerdem würden die Grundlagen für unsere Außenhandelsbeziehungen und unsere Handelspolitik ins Wanken geraten.

*

Die Stellungnahme der Düsseldorfer Handelskammer mutet an wie der bekannte Vers: „O bitte, lieber Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an." Aber in der Tat ist es so, daß der Zollschutz des einen Gewerbes andere Gewerbe meist hart trifft. Der hohe Agrarzoll hat außerdem die Wirkung, daß das ausländische billige Getreide statt bei uns eingeführt zu werden, im Meere tonnenweise versenkt oder verfeuert wird. Diese ungeheuerliche Tatsache zeigt den tollen Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Uebrigens sollte man der Landwirtschaft nicht mit hohen Zöllen beispringen, sondern sollte ihr durch Zuwendungen für die Umstellung der Produktion zu nutzbringenden Spezialfrüchten unter die Arme greifen. Damit wäre ihr und auch der Industrie gedient.

Nr. 293. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 16. Dezember 1930.

Nebeneinnahmen der Festbesoldeten

Ein bedeutsamer Erlaß des Kölner Regierungspräsidenten.

Der Regierungspräsident in Köln hat an die Beamten und Angestellten seiner Regierung eine Verfügung gerichtet, die der Amtliche Preußische Pressedienst ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und ihres von hohem Geiste sozialen Verantwortlichkeitsbewußtseins getragenen Inhalts wegen nachstehend im Wortlaut veröffentlicht:

Infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Rückganges und der Bemühungen, durch Einsparung entbehrlicher Belastungen eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zu erreichen, sind zahlreiche Angehörige der verschiedensten Erwerbsschichten zur Entlassung gekommen. Aus der schwierigen Lage weiter Volkskreise erwächst für uns die Pflicht, alles zu vermeiden, was geeignet ist, die Wiedereinreihung der Entlassenen in den Gang der Wirtschaft zu erschweren. Von Angestellten, die sich um Arbeitsgelegenheit bemühen, wird vielfach darüber geklagt, daß ihnen neue Verdienstmöglichkeiten durch das Dazwischentreten von Beamten und Pensionsbeziehern als Doppelverdiener genommen werden.

Ich halte es grundsätzlich für unvertretbar,

wenn in dieser Notzeit Beamte und Festangestellte sich noch Nebeneinnahmen durch außerdienstliche Tätigkeit beschaffen, die von Erwerbslosen begehrt wird und wahrgenommen werden kann.

Mir ist gewiß bekannt, daß in wirtschaftlich günstigen Zeiten andere Berufsstände auf kärgliche Gehälter der Reichs- und Staatsbeamten etwas verächtlich herabgesehen haben. Nicht zu verkennen ist, daß die Lage großer Beamtengruppen durchaus nicht günstig ist. **Aber die Lage der Erwerbslosen ist noch ungünstiger,** und in diesem Winter so ungünstig, wie lange nicht. Es bleibt den Festbesoldeten vor allen anderen Berufen doch die gesicherte Stellung, ein Vorteil, der sie verpflichtet, gegenüber den vielen Stellen- und Erwerbslosen Rücksicht zu üben.

Dementsprechend sind, wie bisher, bestehende Verbote einer Nebenbeschäftigung strikte zu beachten.

Während dieses Notwinters werden neue Genehmigungen nur in besonderen Ausnahmefällen erteilt. Darüber hinaus erwarte ich von allen mir unterstellten Beamten und Festangestellten, gleich ob sie die vorgeschriebene Genehmigung zu Nebenbeschäftigung besitzen oder dieser wegen des Einzelfalles nicht bedürfen, daß sie der großen Not der Stellenlosen zumindest dadurch Rechnung tragen, daß sie, wenn nur irgend angängig und möglich, die Gelegenheit zu Nebeneinnahmen erwerbslosen Bewerbern zukommen lassen und dadurch mithelfen, die allgemeine Wirtschaftsnot zu lindern. Das gewünschte Entgegenkommen darf ich in gleicher Weise von den Ruhegehaltsempfängern erwarten.

Es liegt im Interesse des Beamtentums selbst, wenn dem anstößigen Argument des Doppelverdienens die sachliche Grundlage entzogen wird. Eine entsprechende Einstellung der Beamtenschaft kann mit dazu beitragen, beamtenfeindliche Gemüter zu beruhigen.

Vortrag über das „Dritte Reich"

Massenkundgebung der Groß-Essener Sozialdemokratie.

Im großen Saale des Essener Städtischen Saalbaues, der die Zuhörer kaum fassen konnte, sprach am Sonntagvormittag im Rahmen einer Massenkundgebung der Groß-Essener Sozialdemokraten der bekannte frühere Abgeordnete Dr. Oskar Cohn über die politischen Ziele der Nationalsozialisten. Aus der großen Not der Zeit sei die Partei erwachsen. Enttäuschung, Verzweiflung weitester Schichten des Volkes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht, die Vorliebe der Deutschen für militärische Formen, der Messiasglauben der vom Schicksal Getroffenen an eine bessere Zukunft, der „Zauber" des Wortes vom dritten Reich, in dem sich vereinige die romantische Ueberlieferung von der Herrlichkeit des alten Reiches mit der Hoffnung auf eine Lastenbefreiung in der Zukunft, die Tatsache, daß es heute ein immer mehr sich vermehrendes akademisches Proletariat gebe, die Zerrissenheit der Arbeiterschaft, die Erinnerung an gemeinsame Fronterlebnisse, an den Ruhrfranzosenkrieg usw., das seien die Wurzeln, das seien die Ursachen des starken Anwachsens dieser Partei. Unehrlich sei alles, was sie vorgebe zu sein in sozialem Sinne, unwahrhaftig sei ihr angeblicher Kampf gegen den Mammonismus, ehrlich sei sie nur im Kampf gegen die Demokratie, gegen das Parlament, ehrlich sei nur ihr Wille, die Diktatur zu errichten. Gegen diese Absicht werde sich die Sozialdemokratie und die deutsche Arbeiterschaft mit aller Kraft zur Wehr setzen. Cohn verteidigte den Film „Im Westen nichts Neues", der durchaus nicht das Ansehen Deutschlands schädige, sondern ein wichtiges Mittel im Kampfe gegen die Kriegstreibereien unserer Tage sei. Er beschäftigte sich dann mit dem Judenhaß der Nationalsozialisten. Die Art, wie ein Volk die in seinen Grenzen wohnenden Juden behandle, sei ein Barometer für den sittlichen und politischen Reifezustand dieses Volkes. Wenn das dritte Reich gebildet werde, und wenn seine Anhänger immer dringlicher fragen würden, wo bleibt die Erfüllung aller Versprechungen, dann würde man das Stichwort ausgeben: „Die Juden sind daran schuld, schlagt die Juden tot, und alles wird besser werden!" Um der deutschen Ehre und des deutschen Ansehens willen sei es unbedingte Pflicht der Arbeiterschaft und des besonnenen Bürgertums, mit allen Mitteln zu verhindern, daß es in Deutschland zu Judenpogromen käme. Nicht in erster Linie der Juden wegen, sondern des deutschen Volkes wegen, das für solche Barbareien in seiner Gesamtheit schwer werde büßen müssen. Der deutsche Philosoph Fichte habe zu seiner Zeit die Deutschen aufgefordert, ein Reich der Freiheit zu gründen, in dem gleichberechtigt sei alles, was Menschenantlitz trage. Dieses Reich der Freiheit gelte es heute zu gründen und zu verteidigen im Gegensatz zum dritten Reich der Unfreiheit, der Knechtschaft, der Sklaverei. Und in diesem Kampf habe die Arbeiterschaft und ihre Führerin, die Sozialdemokratie, die stärksten Kräfte einzusetzen.

Der Vortrag fand wiederholten starken Beifall.

Der Essener Saalbau an die Stauder-Brauerei verpachtet

Nachdem die zuständigen städtischen Ausschüsse gemäß dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 7. November dieses Jahres ihre Zustimmung erteilt haben, ist der Wirtschaftsbetrieb im Städtischen Saalbau, wie auf Anfrage beim Pressamt der Stadt Essen mitgeteilt wird, nunmehr an die Brauerei Jacob Stauder in Essen-Altenessen verpachtet worden. Die Stauder-Brauerei hat das Pachtobjekt am 1. Dezember dieses Jahres übernommen und die Geschäftsführung bis auf weiteres Herrn Hubert Merscheim, der bisher das Kasino der Henrichshütte in Hattingen, lange Jahre geführt hat, und dem früheren Saalbaupächter, Herrn Martens, übertragen.

Der Reichsbahnverkehr im Monat November

im Direktionsbezirk Essen

Der Personenverkehr zeigte im allgemeinen das diesem Monat eigene Bild: Mäßig besetzte Reisezüge. Nur zu Ende und Anfang der Wochen war es, wie stets an diesen Tagen, etwas lebhafter, ohne daß dadurch das Gesamtergebnis etwas günstiger geworden ist. Der Ausflugsverkehr an den Sonntagen litt unter der durchweg schlechten Witterung; gleichwohl ist an den fünf Sonntagen des Monats jedesmal noch ein Sonderzug von Essen Hbf. nach Kettwig und zurück eingeschoben worden. Die schon seit Jahren bestehenden Sondervorstellungen des Stadttheaters in Duisburg für die Bewohner des rechten Niederrheins ziehen immer viel Publikum an. So fuhren am 9. November von Emmerich und Bocholt zwei Sonderzüge, die zusammen 1450 Reisende beförderten. Auch war die Benutzung der am 30. November aus Anlaß der Schlußrennen in Horst von Duisburg und Dortmund gefahrenen Sonderzüge befriedigend. Sonstige Veranstaltungen, die die Einlegung von Sonderzügen nötig gemacht hätten, gab es nicht.

Im Berichtsmonat sind 60 Personen-Sonderzüge gefahren gegenüber 68 im Monat Oktober 1930.

Die rückläufige Entwicklung des Güterverkehrs ist auch im Monat November nicht abgeschwächt worden. Die während der Herbstmonate stets zu beobachtende Belebung des Verkehrs war, unverkennbar durch starke Zurückhaltung im Warenbezuge beeinflußt, in diesem Jahre sehr zeitig beendet. Die sonst bereits im November im Zeichen lebhaften Bedarfs für das Weihnachtsgeschäft stehende Güterbeförderung hat spät und verhältnismäßig schwach eingesetzt. Dies machte sich besonders beim Expreßgutverkehr bemerkbar, der auch im allgemeinen einen Rückgang gegen das Vorjahr aufweist. Der Eilstückgutverkehr litt unter den Auswirkungen einer mäßigen Obsternte; lediglich die Zufuhren an frischen und geräucherten Fischen und an Wild waren befriedigend. Im Frachtstückgutverkehr war ein gegen den Vormonat nur geringer Rückgang festzustellen. Kartoffelsendungen, als Stückgut bezogen, haben sehr nachgelassen. Der Wagenladungsverkehr ist weiter stark zurückgegangen. Schlechte Beschäftigung der Hüttenwerke und des Bergbaues sowie äußerst geringe Bau- und Wegebautätigkeit sind die Ursachen.

Die Anzahl der im Monat November nach dem Bezirk Essen abgefertigten Wagen betrug 289 574 (361 052).

Auch im November hat der Ruhrbergbau mit erheblichen Absatzschwierigkeiten zu ringen gehabt, die noch dadurch gesteigert wurden, daß die Abnehmer in Erwartung der für den 1. Dezember zugesagten Preisermäßigung für Brennstoffe mit ihren Abrufen zurückhielten. So wurden für den Versand von Kohlen, Koks und Briketts insgesamt einschließlich der Sonn- und Feiertage nur 494 411 (571 782) oder arbeitstäglich im Durchschnitt 20 318 (20 745) Wagen zu 10 Tonnen gestellt. Der November hatte 23, der Oktober 27 Arbeitstage. Als Kennzeichen der Absatznot darf gelten, daß sich die Zahl der in den Zechenbahnhöfen mit unabsetzbaren Kohlen beladen abgestellten Wagen von 7800 zu Beginn des Monat auf über 9000 am Monatsende erhöht hatte.

Die Brennstoffabfuhr in den Duisburg-Ruhrorter Häfen wurde vom 25. November ab stark durch Hochwasser beeinträchtigt; die Annahme von Brennstoffsendungen für den Wasserumschlag mußte für einige Tage gesperrt werden. Die Anfuhr hat demzufolge nur 929 333 Tonnen oder arbeitstäglich 40 145 Tonnen betragen gegen 1 143 074 oder 42 336 im Vormonat. Koksverkehr nach Frankreich, Lothringen, Luxemburg bei 24 Arbeitstagen (gegen 27 im Vormat) zahlenmäßig und auch verhältnismäßig geringer um rund 24 000 Tonnen wegen Betriebseinschränkungen bei sämtlichen Verbrauchswerken des Empfangsgebietes. Erzverkehr von Lothringen und Luxemburg sowie französischem Erzbecken blieb in gleicher Höhe des Vormonats. Koksverkehr nach Donawitz wie im Vormonat schwach bei 7000 Tonnen. Brennstoffverkehr nach Italien in gleicher Höhe wie im Vormonat lebhaft. Brennstoffversand nach Holland lebhafter als im Vormonat (Hausbrandkohle und Koks).

Für andere Güter als Brennstoffe sind im November nur 88 050 (109 504) Kohlenwagen zu 10 Tonnen, das sind arbeitstäglich im Durchschnitt 3769 (4055) gestellt worden. Der starke Rückgang hat seine Ursache hauptsächlich im Daniederliegen der Bautätigkeit und der schlechten Beschäftigung in der Eisenindustrie.

Die Stellung von bedeckten Wagen und Wagen besonderer Bauart betrug im arbeitstäglichen Durchschnitt 3575 (3565).

Obst- und Gemüseverkehr entsprechend der vorgeschrittenen Jahreszeit fallend.

Viehverkehr wegen Abtransport des fetten Viehs im Anschluß an die Fettviehmärkte lebhaft.

Düngemittelversand ab hiesigen Hauptproduktionsstellen geringer als im Vormonat.

Zur Bewältigung des Gesamtverkehrs wurden im Direktionsbezirk Essen im Monat November 1 997 445 (2 124 673) Zugkilometer und 86 297 356 (96 779 557) Achskilometer gefahren.

Nennenswerte Unfälle sind nicht vorgekommen. Festgestellt wurden zehn Steinwürfe gegen fahrende Züge, zehn böswillige Beschädigungen an Signalanlagen und zwei Fälle von Auflegen von Hindernissen auf Gleise. Ermittelt wurden 15 Täter.

Gesellschaftsfahrten mit Fahrpreisermäßigung zu Weihnachten zugelassen

Der Tarif stellt es den Eisenbahnverwaltungen frei, die Vergünstigung für Gesellschaftsfahrten mit 25 Prozent Ermäßigung zu Zeiten besonders gesteigerten Verkehrs, so z. B. zu Weihnachten, zu versagen.

Um einem wiederholt in der Oeffentlichkeit geäußerten Wunsch zu entsprechen, und um weiten Kreisen ein billigeres Reisen in den Weihnachtsfeiertagen zu ermöglichen, ist einheitlich angeordnet worden, daß im Bereich der Deutschen Reichsbahngesellschaft von einer Beschränkung der Gesellschaftsreisen zu Weihnachten abzusehen ist.

Auch Schul- und Jugendpflegefahrten sollen, wie bisher schon, nicht beeinträchtigt werden.

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



**Wie zu hohem Feste
deckten nun aufs beste
lieben Gästen mit Geschick
eine Tafel Flaum, Flock, Flick.**



**Mit dem Freunde Krause
waren bald im Hause
der Notar, der Schupomann,
und ein Rundgang nun begann.**



**Flick sprach dann: „Wir denken
all dies zu verschenken.
Nehmt's, Herr Krause, macht daraus
so ein Kinder-Ferienhaus".**



**In derselben Stunde
ward vom Zwergenbunde
alles schriftlich festgelegt
und verkündet, tiefbewegt.**

Wirtschaft und Gewerkschaft

Lohnpolitik und Ruhrbergbau

Von J. Triem, Bochum

In den Verhandlungen über die Neugestaltung des Lohntarifes für den rheinisch-westfälischen Bergbau, die am Mittwoch in Essen stattfanden, forderten die Zechenvertreter bekanntlich einen Lohnabbau von 12 Prozent. Die Vertreter der Bergarbeitergewerkschaften lehnten diese Forderung einmütig ab und betonten, daß sie sich einem Lohnabbau mit allen Kräften widersetzen werden. Die Parteiverhandlungen wurden daraufhin ergebnislos abgebrochen, so daß nunmehr der staatliche Schlichter auf Anruf des Zechenverbandes eingreifen wird. Der Lohnstreit der Ruhr, der den Lebensstandard von mehr als 300 000 Bergarbeitern betrifft, ist also in ein Stadium gelangt, in dem die Tarifparteien nicht mehr allein entscheiden, sondern der Staatsmacht ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Diese staatliche Hilfsstellung erstreckt sich auf die Fällung eines Schiedsspruches und die evtl. Verbindlichkeitserklärung desselben durch das Reichsarbeitsministerium.

Die staatliche Lohnpolitik mit Hilfe des Schlichtungswesens hat nun in den letzten Monaten bei der Arbeiterschaft schärfste Mißbilligung gefunden, weil man den Lohnabbauforderungen der Unternehmer weitgehend Rechnung trug, ohne daß im gleichen Maße eine Senkung des Preisniveaus, besonders eine Verbilligung der Lebenshaltungskosten, erwirkt hat. Reichsarbeitsminister Stegerwald, der für diese Lohnpolitik in erster Linie verantwortlich ist, hat anläßlich einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf am vergangenen Sonntag diese Lohnpolitik mit folgenden Worten zu rechtfertigen gesucht:

„Jeder Arbeitsminister steht gegenwärtig in der Lohnpolitik vor drei Möglichkeiten:

1. Er stabilisiert mit der Staatsmacht, durch das staatliche Schlichtungswesen, mitten in der größten Weltwirtschaftskrisis die seitherigen Löhne, die unter anderen wirtschaftlichen Verhältnissen festgesetzt worden sind.
2. Er überläßt die Lohnfrage bei drei bis vier Millionen Arbeitslosen dem freien Spiel der Kräfte, den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.
3. Er greift mäßigend und regulierend durch die Staatsmacht in die Lohnpolitik ein."

Den ersten Weg lehnt Stegerwald ab, da die bei besserer Konjunktur festgesetzten Löhne nach seiner Meinung die Selbstkosten auf einer unerwünschten Höhe halten, ein Konkurrenz mit ausländischen Wettbewerbern unmöglich machen und die Arbeitslosigkeit in Deutschland vergrößern würden. Dieser Gedankengang, daß man in einer Krise nicht den gleichen Tariflohn wie in besseren Zeiten beibehalten könne, erscheint auf den ersten Blick durchaus konsequent und folgerichtig. Bei näherer Prüfung tauchen jedoch allerhand Bedenken auf, die, wie die folgenden Darlegungen beweisen, die Richtigkeit der These von Stegerwald in Zweifel stellen müssen.

Auf den Ruhrbergbau angewandt würde der Standpunkt von Stegerwald bedeuten, daß die im Jahre 1928 festgesetzten Tariflöhne der Bergarbeiter unbedingt abgebaut werden müssen, um so mehr, als der damaligen Lohnerhöhung von 8 Prozent auch eine Kohlenpreiserhöhung folgte, die am 1. Dez. dieses Jahres wieder revidiert worden ist. Einen derartigen Standpunkt müssen die Bergarbeiter aber ganz entschieden ablehnen, da ein schematischer Vergleich der Lohnverhältnisse von 1928 mit der gegenwärtigen Situation gar nichts besagt. Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaues ist vielmehr der veränderte Stand der Selbstkosten und der Erlöse. In welchem Umfange aber seit 1928 auf der Selbstkostenseite Aenderungen eingetreten sind, zeigt die Tatsache, daß das Leistungsergebnis je Mann und Schicht im Ruhrbergbau im Monatsdurchschnitt 1928 1191 Kilogramm, im September dieses Jahres aber 1387 Kilogramm betrug. Steigende Leistung ohne entsprechenden Lohnausgleich bedeutet aber ein Sinken der Arbeitskosten im Rahmen der Selbstkosten. Tatsächlich sind auch die Arbeitskosten im Ruhrbergbau seit April 1928 um zirka 6 Prozent gefallen. Dieser prozentuale Rückgang der Lohnkosten entspricht auch der rückläufigen Bewegung, die seitdem der Lebenshaltungsinder genommen hat. Da auch, seitdem die Materialkosten gesunken sind, so vertritt die Arbeitnehmerseite mit Recht den Standpunkt, daß die Selbstkostenlage im Vergleich zu den Erlösen im Ruhrbergbau nicht so ungünstig ist, daß der vorgenommene Preisaubau mit Lohnkürzung verbunden werden muß. (Vergleiche auch die gestrigen Darlegungen von Alb. Martmöller über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaues. Die Red.)

Wer der These des Reichsarbeitsministers von der Anpassung der Löhne an die veränderten Verhältnisse also folgen will, muß zuerst prüfen, inwieweit sich die Verhältnisse tatsächlich, und zwar im ungünstigsten Sinne, entwickelt haben. Im Ruhrbergbau ist, wie vorstehendes Beispiel zeigt, diese Prüfung besonders notwendig, wenn unter dem Eindruck der allgemeinen Preisabbaupsychose der Lebensstandard der Bergarbeiter nicht in ungerechtfertigter Weise geschmälert werden soll.

Mehrbeschäftigung durch 40-Stundenwoche

Das Institut für Konjunkturforschung hatte in einer Schätzung die Mehrbeschäftigung, die bei einer Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden eintreten könnte, theoretisch auf 1,5 Millionen berechnet, zugleich aber hinzugefügt, daß infolge von Reibungsschwierigkeiten, die sich bei der Einstellung von Arbeitslosen infolge Arbeitszeitverkürzung erfolgen müßten, die tatsächliche Verringerung der Arbeitslosigkeit erheblich geringer anzusetzen sei, und so mit dieser Einschränkung den Wert der angestellten Berechnung weitgehend in Frage gestellt. So kommt dem in der Gewerkschaftszeitung vom 6. Dezember veröffentlichten Versuch von Woytinsky, durch Einzelberechnung zu tatsächlichen Zahlenangaben zu gelangen, eine besondere Bedeutung zu, deren Wert noch dadurch gesteigert ist, daß Woytinsky bei seinen Berechnungen außerordentlich vorsichtig zu Werke geht und eher zu niedrig als zu hoch schätzt. Insgesamt rechnet die Gewerkschaftszeitung mit einer Mehrbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung für 850 000 Personen, und zwar für 750 000 Arbeiter und 150 000 Angestellte. Allein 150 000 Arbeiter könnten durch Beseitigung der Ueberstundenarbeit, 500 000 Arbeiter in der Industrie, 100 000 Arbeiter bei der Reichsbahn und der Reichspost durch die unmittelbaren Auswirkungen der 40stündigen Arbeitswoche zusätzliche Beschäftigung finden. Bei den Angestellten, bei denen Ueberstundenarbeit in einem solchem Umfang üblich ist, wie er bei den Arbeitern nur als seltene Ausnahme vorkommt, dürfte bereits die Abschaffung der Ueberstundenarbeit eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes bringen, so daß die Mehrbeschäftigung durch Abschaffung der Ueberstunden und als Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung durch die 40-Stunden-Woche mit 100 000 Personen nicht zu hoch veranschlagt sein dürfte. Wichtiger als die wirtschaftlichen Wirkungen der Arbeitszeitstreckung werden die sozialen Wirkungen sein, um derentwillen die Vorschläge der Gewerkschaften innerhalb der Gesamtbevölkerung die wärmste Unterstützung verlangen dürfen. Allein die Möglichkeit, 850 000 Männern und Frauen Arbeit und Brot zu geben, wird, wie Woytinsky mit Recht hervorhebt, eine solche Verbesserung der Atmosphäre des sozialen Vertrauens bewirken, daß sie in Verbindung mit anderen Maßnahmen von gleicher Wirkung auch als Faktor der wirtschaftlichen Belebung von höchster Bedeutung sein dürfte.

Vom Bergbau

Kohlensyndikat. Für den Monat November beträgt die Umlage auf die Verkaufsbeteiligung 2,94 gegenüber 2,65 RM. im Vormonat. (Eine solche beträchtliche Erhöhung der Umlage ist nicht berechtigt.)

Ein deutsch-polnisches Kohlenkartell. Zwischen den Bergwerksbesitzern von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien ist kürzlich eine Kartellvereinbarung für die Belieferung Oesterreichs und Ungarns getroffen worden. Der Konkurrenzkampf zwischen Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien zur Belieferung dieser Märkte hat sich in der letzten Zeit sehr verschärft. Die Kartellvereinbarung macht nun diesem Konkurrenzkampf ein Ende. Die Kohlenvereinbarung ist um so bemerkenswerter, da das deutsch-polnische Holzabkommen nicht erneuert wird und auch die Ratifizierung des lange fertiggestellten deutsch-polnischen Handelsvertrages durch die nationalistische Agitation auf beiden Seiten auf große Schwierigkeiten stößt. Die englische Presse erblickt in der deutsch-polnischen Kohlenvereinigung den Vorboten des internationalen Kohlenkartells.

Schiedsspruch im Bankgewerbe

Für das Bankgewerbe ist bei den Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Brahn ein Spruch gefällt worden, der eine Verlängerung des Ende des Jahres ablaufenden Reichstarifvertrages auf ein Jahr mit folgenden Veränderungen vorsieht: 1. Die tarifmäßigen jährlichen Aufrückungen in das nächste Berufsjahr kommen in Fortfall. 2. Alle Gehälter werden außerdem um 5 Prozent gekürzt.

Der Schiedsspruch wurde von sämtlichen Angestelltenverbänden sofort abgelehnt.

Wir bauen am Werk der Zukunft

Der Ortsausschuß Bielefeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Baugenossenschaft „Freie Scholle" Bielefeld und die Dewog-Revisionsvereinigung Bezirk Rheinland-Westfalen veranstalteten in Bielefeld unter der Devise „Wir bauen am Werk der Zukunft" eine Kundgebung für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Veranstaltung bildete den Abschluß eines Unterrichtskursus für die Funktionäre der gemeinnützigen Baugenossenschaften des Dewog-Bezirks Rheinland-Westfalen. Der Kursus fand im „Bunten Haus" in Grax bei Bielefeld statt. Lehrgegenstände waren Buchhaltung und Bilanz, Rechtsfragen für den Genossenschaftler, Baufinanzierung und Baukontrolle, Wohnungsverwaltung und Selbstverwaltungsfragen in der Genossenschaft, modernes Bauen und Wohnungskultur.

Bei der Abschlußveranstaltung in der städtischen Festhalle Bielefeld sprachen die Genossen Stadtrat Binder, Bielefeld, Bittner, Bochum, Meyer, Solingen, und Landtagsabgeordneter Drügemüller. Letzterer wandte sich gegen die Hetze, die neuerdings gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzt. Gegenüber der plumpen Spekulation auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes erinnerte Drügemüller daran, daß schon im kaiserlichen Deutschland von den damaligen Landesbehörden zur Gründung von Baugenossenschaften aufgefordert werden mußte, weil das Versagen der privaten Bautätigkeit selbst in jenen Zeiten als katastrophal empfunden wurde. Alle Redner äußerten schwerste Bedenken gegen die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau. Die bedrohliche Lage auf dem Arbeitsmarkt fordere gerade das Gegenteil. Jede nicht gebaute Wohnung bedeute 2000 Mark Arbeitslosenunterstützung. Das Wahlergebnis sei ein Grund mehr, die Baugenossenschaftsbewegung zu stärken.

Mit dem gemeinsam gesungenen Liebe „Brüder zur Sonne, zur Freiheit" fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Monopolkontrolle

Gegen den Preiswucher der Kartelle und Trusts

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Kartell- und Monopolkontrolle eingebracht.

An dem Ausbruch der Wirtschaftskrise trägt gewiß das Zusammenwirken vieler Ursachen schuld. Aber eine der wichtigsten Ursachen ist die schrankenlose Diktatur der kapitalistischen Monopole. Die Kartelle und Trusts haben in der Zeit der günstigen Konjunktur die Preise künstlich hochgetrieben, ohne daß ihnen jemand in den Arm gefallen wäre. Ungeheure Kapitalien strömten ihnen aus ihren monopolistischen Uebergewinnen zu. Die hohen Preise, die sie den Verbrauchern aufzwangen, verlockten sie dazu, und die Uebergewinne, die ihnen zuflossen, gaben ihnen die Mittel dazu in die Hand, immer mehr Kapital in ihren Betrieben zu investieren. So tragen die Kartelle und Trusts die Hauptschuld an jenen verhängnisvollen Ueberinvestitionen, unter denen schließlich die Konjunktur zusammengebrochen ist.

Kapitalmangel, Ueberinvestitionen, mangelnde Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung — in diesen Rattenkönig von Krisenursachen verwickelten die Monopole die Wirtschaft, bis sie schließlich zu Fall kam und in die Krise hineinstürzte. Und als die Krise ausgebrochen war und Millionen Arbeiter und Angestellte auf der Straße lagen, da erwiesen sich die Kartelle und Trusts als die schwersten Hemmnisse der Ueberwindung der Krise. Sie stemmten sich mit ihrer ganzen monopolistischen Macht dem Abbau der Preise entgegen. Sie handelten nach dem Grundsatz: lieber schärfere Produktionseinschränkungen als Senkung der Preise und bewirkten dadurch, daß die Welle der Arbeitslosigkeit stieg und die Antriebskräfte zur Gesundung der Wirtschaft gelähmt wurden.

Ueberinvestitionen in der Hochkonjunktur, Preishochhaltung in der Krise — das sind die Geißeln, mit denen die kapitalistischen Monopole die Wirtschaft schlagen und ihre krisenhaften Zuckungen verschärfen.

Die Regierung Brüning hat sich als ohnmächtig erwiesen, die Diktatur der kapitalistischen Monopole zu brechen. Sie hat zwar in der Notverordnung vom Juli dieses Jahres eine formale Handhabe geschaffen, um der Diktatur der Monopole entgegenzutreten. Aber sie hat davon — von unwesentlichen Ausnahmen abgesehen — keinen Gebrauch gemacht.

Die Regierung hat lange Zeit zwischen sich und die Monopole den Reichswirtschaftsrat geschoben. Man kann dem Reichswirtschaftsrat an sich keine Vorwürfe machen. Er hat fleißig gearbeitet und eine Reihe von vernünftigen Vorschlägen gemacht, wie man auf diesem oder auf jenem Gebiet eingreifen könnte. Die Regierung hat aber von diesen Vorschlägen bis zum heutigen Tage keine Notiz genommen und der Reichswirtschaftsrat hat nicht die Macht, seinem Willen Geltung zu verschaffen. Andererseits besitzt er auch nicht den Apparat, um alle monopolistischen Machtmißbräuche der Kartelle und Trusts dauernd zu beobachten und Wege der Abhilfe in allen Fällen, wo sie not tut, zu weisen.

Hier setzt nun die Aktion der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ein. Die Fraktion sagte sich, daß das schönste Gesetz nichts nützt, wenn niemand da ist, der es anwendet, der dauernd verpflichtet ist, die Monopole zu kontrollieren und zu zügeln. Der Reichswirtschaftsrat kann diese Aufgabe nicht leisten. Die Regierung will sie nicht leisten; es fehlen auch ihr die nötigen Hilfsmittel dazu. Darum stellt die sozialdemokratische Fraktion in den Mittelpunkt ihres Gesetzentwurfes über die Monopolkontrolle das Kartellamt (Reichsamt für Kartell- und Monopolverwaltung genannt). Das Kartellamt soll nach dem sozialdemokratischen Antrag die Aufsicht über sämtliche Kartelle und monopolartige Konzerne und Trusts ausüben, insbesondere auch über die Kartelle der Banken. Es soll aus Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitnehmer, der Unternehmer und der Konsumgenossenschaften sowie einer gewissen Zahl von sachverständigen Beamten zusammengesetzt sein und dauernd die Kartelle und Trusts überwachen. Zu diesem Zweck soll beim Kartellamt ein Register geführt werden, wofür alle Kartelle ihre Verträge und Beschlüsse mitzuteilen haben. Das Kartellamt soll auch sonst die weitestgehenden Vollmachten für die Kontrolle der Monopole erhalten und schließlich soll es berechtigt sein, von sich aus Kartelle aufzulösen, den Monopolen die Durchführung ihrer Beschlüsse zu untersagen oder durch andere Maßnahmen dem Mißbrauch monopolistischer Macht entgegenzutreten. Dem Reichswirtschaftsministerium, dem das Kartellamt organisatorisch angegliedert werden soll, soll die Befugnis zustehen, Anordnungen des Kartellamts aufzuheben, wenn sie in Widerspruch zu der Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik des Reiches stehen.

Die überragende Bedeutung des sozialdemokratischen Antrages liegt klar zutage. Wird er Gesetz, dann ist damit der entscheidende Vorstoß zur Bekämpfung des Mißbrauchs der Monopolmacht getan. Alle bisherigen Vorstöße mußten deshalb wirkungslos bleiben, weil sie keine Verpflichtung zur dauernden Kontrolle der Monopole vorsahen. Der sozialdemokratische Antrag will den Staat durch ein eigenes Organ mit wirtschaftlicher Selbstverwaltung instandsetzen, dauernd die Kartelle und Trusts zu überwachen und überall da sofort einzugreifen, wo durch Preis- oder Produktionsregelungen der Monopole die sozialen oder gesamtwirtschaftlichen Interessen geschädigt werden. Damit schafft der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zum ersten Male eine wirksame Handhabe, der Preisdiktatur und Produktionsdiktatur der Kartelle und Trusts entgegenzutreten.

Niemals tat eine wirksame Monopolkontrolle so dringend not, wie heute, da die schrankenlose Diktatur der Monopole das schwerste volkswirtschaftliche Unheil angerichtet hat. Jetzt können alle übrigen Parteien beweisen, wie ernsthaft ihr Wille ist, die Krise entschlossen zu bekämpfen, jetzt können Kommunisten und Nationalsozialisten beweisen, ob es ihnen mit der Bekämpfung der großkapitalistischen Willkürherrschaft ernst ist. Die Stellungnahme zum sozialdemokratischen Monopolgesetzentwurf wird ein sicherer Prüfstein dafür sein.

Unterhaltung und Wissen

Der Mann, der sich Paläste in Venedig, Paris, Nizza, Budapest und München kaufte

Vom Kaffeehaussänger zum Millionär

Der Tod des weltberühmten Kunstsammlers und Mäzens Marcel Nemes

In einem Budapester Sanatorium endete vor kurzem mit dem Tode des weltberühmten Kunstsammlers und Mäzens Marcel von Nemes ein aufregender und abenteuerlicher Roman, den man, hätte ihn nicht das Leben selbst geschrieben, als ein kitschiges Filmprodukt bezeichnen müßte. Denn die Laufbahn, die Marcel von Nemes aus den kümmerlichen Anfängen eines kleinen Chansonsängers zu einem märchenhaften Vermögen und legendären Ruhm verholfen hat, übertrifft beinahe die kühnsten Erfindungen geschickter Kolportageschriftsteller.

Nemes ist im Jahre 1866 in Janoshalma geboren. Ursprünglich hieß er Moses Klein und war der Sohn eines jüdischen Kantors. Er brachte es nur bis zur vierten Volksschulklasse, und kaum war er 12 Jahre alt, als ihn sein Vater bereits in die Welt hinausschickte. Das einzige, was er ihm auf den langen Weg mitgab, war ein kluger väterlicher Rat: „Mein Sohn, du gehst jetzt in die weite Welt, wirst arbeiten, und vielleicht wirst du auch glücklich werden. Ich kann dir nur den Rat geben: Zeige nie deine Armut! Wenn dein Gesicht vom Hunger blaß sein sollte, so knüpfe dein Halstuch etwas fester, damit deine Wangen rötlich werden . . !" Der kleine Moses mußte oft den Rat seines Vaters befolgen. Er kam in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts nach Budapest und erhielt in einem kleinen Vorstadtcafé Beschäftigung als eine Art künstlerisches Mädchen für alles. Nachmittags schrieb er für die Dienstmädchen mit seiner schönen runden Schrift Liebesbriefe, und abends unterhielt er das Publikum mit Liedern. Schon in seiner frühesten Kindheit hatte er sich im Tempelchor durch seine wohlklingende Stimme ausgezeichnet. Seinen größten Erfolg jedoch erntete er im Kaffeehause nicht mit seinen Liedern, sondern damit, daß er mit wenigen Strichen die Kaffeehausgäste zu zeichnen vermochte. Er war Schnellzeichner und schon damals Kunstenthusiast. In diesem Kaffeehaus erlebte er seine einzige eigene Kunstausstellung, indem man seine besonders gut gelungene Portraitzeichnung eines Schusters im Fenster „ausgestellt" hatte. Erst heute bereitet man eine Ausstellung in Budapest vor, denn — was kaum jemand wußte — Nemes hat im letzten Abschnitt seines Lebens, vor etwa 12 Jahren, nachdem ihm alles, was er sich je gewünscht hatte, gelungen war, mit Andacht den Pinsel in die Hand genommen, um endlich seinen heimlichsten Träumen auf der Leinwand Ausdruck zu verleihen. Er, der die Gemälde Rembrandts, Tizians, Goyas und aller Meister von Weltruf gesammelt und oft verschenkt hatte, sammelte neben diesen auch seine eigenen Bilder, doch ohne jemals auch nur eins davon zu verschenken.

Doch vorläufig sind wir erst in den 90er Jahren, als Moses Klein am Elisabethplatz eine kleine Kohlenhandlung aufmachte, gerade geheiratet hatte und recht kaltes Wetter herbeisehnte, um mehr Kohle zu verkaufen. Es waren aber schlechte Zeiten für Kohlenhändler, und das Geschäft ging bald zugrunde. Seitdem versuchte Moses Klein die verschiedensten Dinge und lenkte mit seinem Ehrgeiz und seiner Beweglichkeit die Aufmerksamkeit der Börsenkreise auf sich. Bald wurde er Disponent eines Getreidekommissionärs und erhielt auch Zutritt zur Börse.

Der Himmel weiß, wie es ihm eingefallen ist: er fing an, für sich Optionen zu erwerben, Optionen auf Häuser, Grundstücke, Marmorgruben. Und es fand sich zufällig ein Finanzmann, der sich für die Marmorgruben interessierte. Er kaufte die Option und Marcel Nemes verdiente ein tüchtiges Stück Geld an Provision. Nach einer Weile hörten die Bekannten, daß er sich mit Gemäldeankauf beschäftigte. „Was ist bloß in diesen Nemes gefahren? Versteht er denn was von Bildern?" fragten sie sich kopfschüttelnd. Sie glaubten nicht an den Schritt, der Nemes auf den Weg zu dem Ruhm und den Millionen brachte. Zunächst kam er mit einem Kunsthändler zusammen, der ihm eine alte Sammlung von 150 Bildern andrehte. Als er Ludwig Ernst den damaligen Direktor des Nationalsalons, um seine Meinung über die Sammlung befragte, sagte ihm dieser lächelnd: „Lieber Freund, nicht solche Bilder braucht man zu kaufen. Diese importiert man doch aus Italien waggonweise zu uns." Doch dieser schwere Schlag entmutigte Nemes nicht. Er fing an, die Ausstellungen zu besuchen, mit Malern zu verkehren. Er wurde mit Szinnyey Ferenczy, Lechner bekannt. Er ging ins Kaffeehaus unter die jungen modernen Maler und lauschte ihren Urteilen, wer etwas wert ist und wer nicht. Da wurde er auf die französischen Impressionisten aufmerksam gemacht. Von nun an reiste er sehr viel im Auslande herum. In Spanien kaufte er zehn Goya-Bilder auf einmal. In München zahlte er einem Kunsthändler 50 000 Mark für ein Gemälde. In Paris besuchte er die Witwe des großen ungarischen Malers Munkacsy; auf dem Boden kramte er eine Menge Originalskizzen heraus und zahlte ihr dafür 20 000 Franken — einen Preis, den er in Budapest für drei dieser Skizzen erzielte. Von Nemes erhielt Rippel Rónai die erste größere Summe, indem Nemes auf einmal 50 Bilder von Rónai für 5000 Kronen erwarb. Da war er schon eine Autorität und ein ruhmreicher Mann. Er strebte aber nach Höherem. Er wollte kein Kunsthändler mehr sein, sondern Kunstsammler. Und Mäzen. Daher verschenkte er nach und nach eine Reihe berühmter Gemälde an Museen. Er kaufte sich Paläste in Venedig, in Paris, in Nizza, in Budapest, in München. Am Starnberger See, in Tutzing richtete er sich ein fürstliches Schloß ein, von dem alle Welt sprach. In diesen Palästen war ein unermeßliches Vermögen aufgehäuft, die schönsten Rembrandts, Tizians, Raphaels, Grecos, Murillos, Bildwerke, antike Möbel und die wertvollste Meßgewandsammlung der Welt, 25 bis 30 Millionen und noch mehr wert; selbst Nemes hätte es nicht zu ermessen vermocht. Denn er hatte sein Vermögen und seinen Ruhm schon längst satt. Lebte schon seit langem ständig im Ausland, meist in München, ward zum königlichen Rat, zum Baron, zum Offizier der französischen Ehrenlegion ernannt und wollte nur noch allmählich die Kunstschätze veräußern, um in Ruhe, in völliger Zurückgezogenheit leben und sich einzig und allein der Malerei widmen zu können. Doch das konnte er nicht mehr erleben. Ein ewiger Schwärmer, der er war, ging er in fremden Schöpfungen auf; seine eigenen künstlerischen Träume erstickte der kommerzielle Mißerfolg des selig gen Kohlenhändlers Moses Klein.

—osi.

Ein seltsamer Wurm

In Spalten des Meeresbodens lebt, besonders in der Südsee in der Nähe der Samoa-Inseln, ein seltsamer Wurm, der sogenannte Palolo-Wurm, der für zwei verschiedene Wissenschaftler, für den Zoologen und für den Astronomen, von ganz besonderem Interesse ist. Von dem zur Ordnung der Borstenwürmer gehörigen Tiere trennt sich zur Zeit der Geschlechtsreife das fingerdicke Hinterende mit den Geschlechtsorganen ab und bewegt sich vollständig frei und selbständig im Meere. Diese Hinterenden der Würmer erscheinen in unermeßlicher Menge jährlich zweimal am Strande, das erstemal im Oktober und das zweitemal im November. Ganz besonders interessant ist es nun aber, daß dieses Erscheinen beide Male genau am Tage vor Vollendung des letzten Mondviertels und am Tage des letzten Mondviertels selbst eintritt. Die Würmer sind eine Lieblingsspeise der Insulaner und werden zu den bestimmten Zeiten massenweise aus dem Meere gefischt. Nach Entleerung der Geschlechtsprodukte ins Meer sterben die Hinterenden ab, während die Vorderenden der Tiere am Leben bleiben. Ueber den Zusammenhang des Erscheinens das mit unfehlbarer Pünktlichkeit zur Zeit des letzten Mondviertels erfolgt, mit dem Trabanten unserer Erde ist bis jetzt noch nichts bekannt. Es ist vorläufig noch Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung, festzustellen, ob und inwieweit der Mond einen Einfluß auf Leben und Fortpflanzung dieses seltsamen Wurmes hat.

Die Brüder Goncourt

100. Geburtstag von Jules de Goncourt am 17. 12.

In der französischen Literatur, in der Geistesgeschichte überhaupt, ist der Fall der Brüder Goncourt wahrhaft einzigartig. Obwohl der ältere Bruder Edmond den jüngeren Jules um 26 Jahre überlebte und selbst noch einige Romane geschrieben hat, sind sie unzertrennt und als ein zusammenhängender Begriff in die Weltliteratur eingegangen. Sie haben ihre Werke von früh auf gemeinsam verfaßt; in 22 Jahren gemeinsamer Arbeit und Zusammenlebens haben sie sich nur einmal auf 48 Stunden getrennt. Man muß sich ein solches Zusammenwirken einmal im ganzen Umfange vorstellen. Schon im gewöhnlichen Leben findet man selten eine derartige, niemals getrübte Harmonie. Gewiß ist es möglich, daß Brüder rein geschäftlich dauernd zusammenarbeiten. Gewiß können sich auch zwei Künstler für eine Zeitspanne zusammentun, um ein gemeinsames Werk zu schaffen. Aber die Art, wie die beiden Goncourt alle ihre Lebens- und Kunstinteressen verschmolzen, erscheint noch heute rätselhaft und dürfte es auch für spätere Zeiten bleiben.

Ihre Bedeutung beruht auf ihren epochalen Leistungen als Geschichtsschreiber und Romanschriftsteller. Als Abkömmlinge einer begüterten Familie waren sie nicht auf Broterwerb angewiesen. Schon in jungen Jahren stellten sie sich ganz bestimmte Aufgaben und führten sie mit unerhörtem Fleiß und größter Gewissenhaftigkeit durch. Wie die meisten ihrer großen literarischen Zeitgenossen, wurden auch sie anfänglich verlacht oder totgeschwiegen. Zuerst, als sie das französische 18. Jahrhundert, damals als schwülstig und verlogen verfemt, zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Forschung machten. Sie waren dauernd auf der Jagd nach unbekannten und vergessenen Zeugnissen. Sie haben nicht nur an 30 000 Zeitungen, Broschüren, Büchet und Zeitschriften aus jener Zeit studiert, sondern auch ungeheuer viel Ungedrucktes, die Gemälde, Zeichnungen, Bronzen, Möbel, Moden, Stoffe, Stickereien und den Putz des Rokoko gesammelt und als Material verwertet.

Man muß sich vielleicht fragen, warum die beiden Brüder gerade auf das 18. Jahrhundert verfielen. Vielleicht mag der Zufall mitgewirkt haben. Im wesentlichen aber findet man die Antwort, wenn man Goncourt die als Persönlichkeiten und den Inhalt ihrer Romane betrachtet. Ihr Zeitgenosse Flaubert bezeichnete sie einmal derb als „Bolognesерhündchen". Obwohl sie gleich ihm einen Kultus mit der Literatur trieben, gefiel es ihm nicht, daß ihr ganzes Leben auf ein sensitives Geschmacksempfinden aufgebaut war. Ihnen haftete Zeit ihres Lebens ein aristokratisches Geschmäcklertum an, in dem sie aufgingen. Die Kronzeugen hierfür fanden sie im 18. Jahrhundert. Auch in ihren Romanen kommt dieser nicht abfprechend gemeinte Charakter deutlich zum Ausdruck.

Der frühe Tode des besonders sensitiven Jules am 20. Juni 1870 kann wahrscheinlich auf Erschöpfung durch Arbeit und auf Verkanntsein zurückgeführt werden. Edmond aber wurde durch den Tod des Bruders derart entwurzelt, daß er eigentlich nur noch einen überdurchschnittlichen Roman „Die Brüder Zemgani" zu schreiben vermochte: das Leben eines Zirkusartisten, der ebenso wie er den Tod des Bruders nicht vergessen kann. Immerhin aber hat er das mit Jules begonnene „Tagebuch" fortgesetzt, das zum bedeutendsten Dokument des literarischen Lebens ihrer Zeit wurde. Gegenüber dem dänischen Literarhistoriker Georg Brandes hat Edmond Goncourt sich einmal über das Geheimnis der brüderlichen Zusammenarbeit geäußert. Das Rätsel ihrer 100prozentigen Harmonie selbst bleibt bestehen. Ihre literarische und wissenschaftliche Bedeutung schließlich zeigt sich schon darin, daß ihre Werke auch heute noch nicht an Lebendigkeit eingebüßt haben.

Edouard Peisson: Abenteuer in Marseille

Nachdruck verboten.

(20. Fortsetzung.)

Die Flut der Männer und Frauen spült sie immer weiter auseinander. Marcelle verliert sich von neuem in diesem Menschenmeer. Da ist nur noch ein rosa Farbfleck, der auftaucht und verschwindet wie ein Trümmerrest auf hoher See.

Ein rosa Farbfleck. Ist das wirklich noch das Kleid von Marcelle?

Und dann nichts mehr.

XI.

„Hans! Hans!"

Er zeigt sich auf der Schwelle seines Hauses, den ganzen Kopf weiß von Seifenschaum.

Die Zigeunerin lacht. Eine Hand an der Hüfte, wirft sie den Oberkörper zurück. Sie peitscht ihre Lippen mit einer Rose, die sie am Ende des Stieles hält und die so rot ist wie die Rosen an ihrem Baumwollkleid.

„Hans, du bist schön."

„Du hast mich doch nicht gerufen, um mir das zu sagen?"

Er geht auf die Wäsche zu, die er zum Trocknen über eine ausgespannte Leine gehängt hat und befühlt sie mit zugreifender Hand.

„Hans, was ist das doch: Alabama?"

„Das ist ein Cocktail . . . Das ist eine Provinz in den Vereinigten Staaten."

Und nach ein paar Sekunden:

„Und außerdem war es tatsächlich auch der Name meines Schiffes."

„Es hat am Kai Wilson angelegt."

Und sie jagt im Laufschritt davon.

Er hat eine blaue Tuchjacke über seine weiße Leinwandkleidung gezogen. Er hat die Tür zugeschlagen und ist fortgegangen.

Ob er wohl Kameraden wiedersehen würde?

Mächtige Quaderblöcke, die man ins Meer gewälzt, bilden die Stufen der Mole, die Hans Müller entlanggeht. Die Welle wirft sich darüber, bricht sich am Dammweg. Sprühregen trübt den Spiegel der Häfen.

Die Mole liegt abseits. Drei Eisenbrücken verbinden sie mit dem Festland. Wenn die Brücken hochgezogen sind, ist es eine Insel, ein Landstrich für sich.

Kahle, nackte Hügel, schwammige, aufgeschlitzte, zerspellte, zerfetzte, zerstückelte umgürten den Hafen.

Fahle Hügel über ausgezackten Steinen.

Schwarze Oeffnungen wie von gleichgestreckten Fühlern speien mit ungeheuerer Wucht Schlacke aus, andere saugen sie ein.

Die Erde höhlt sich, bläht sich auf. Opfer des Menschen. Spielzeug in der Hand des Menschen. Zerfressen durch die Krebskrankheit des Fortschritts.

Steinbrüche, Fabriken, Warzen, Blasen. Der Mensch hat Steine gesäet, er erntet Fabrikschlote.

Der Mensch ist überall. Der Ingenieur führt seine Truppe, die mit Hacken und Bohrern bewaffnet ist, mit Sprengmitteln ausgerüstet.

Er hat seinen Plan in einem Arbeitszimmer entworfen. Seine Waffe ist eine Reißfeder. Er besitzt alle nötigen Verfügungen, alle Vollmachten.

Er formt den Felsen. Sein Werk: ein moderner Hafen.

Er hat zwei Bundesgenossen: Zement mit eisernem Gebinde und Stahl.

Sein Werk ist unvollständig; er weiß nichts von dem Einklang der Farbe, dem natürlichen Gleichgewicht der Dinge.

Die Fülle ist zu gewaltig.

Da ist wieder der Rumpf; der Rumpf der Schiffe.

Man muß ihn leeren und wieder füllen.

Man macht das Schiff sicher am Kai fest. Man läßt eine Rotte Matrosen darauf los: leert ihm den Bauch.

Die Holzplanken fliegen hoch; erste Operation: Schnitt mit dem Messer.

Und es kommen die Waren zum Vorschein, wie man sie in Riesenentfernung gelagert hat, nur etwas zusammengedrückt durch das Stampfen und Schlingern.

Duft löst sich von exotischen Ländern.

Da ist Kaffee, Reis, Getreide.

Am Kai von Santos gehen Männer in einer Reihe hintereinander an Bord, einen Sack über der Schulter, und werfen den Sack in den Schiffsraum, wo andere Männer ihn auffangen.

Sie singen und schreien.

Sonne, Orangen und Bananen, parfümierter Tabak, die Tasse Kaffee zu tausend Reis, die heißen Brasilianerinnen in Kleidern von weißem Musseline, die mit ihren großen, samtenen Augen das Schiff betrachten.

Da gibt es Seide. Da gibt es Porzellan. China, Indo-China, Japan.

Da gibt es Kohle. England. Vereinigte Staaten.

Da gibt es Holz. Norwegen. Rußland.

Da gibt es Getreide. Schwarzes Meer.

In dem Maße, in dem der Schiffsleib sich leert, fördert man alle Länder zutage, alle Städte, alle Kulturen, alle Menschen. New York, die Stadt der Wolkenkratzer. Rio de Janeiro, die Stadt der Blumen. Dakar, hundert Häuser, Gebüsch und Haifische, von der See auf den Strand gespült. Cardiff, Kohle, Regen, Hütten, verloren in der dürren Einöde, Algier, Schundbasar. Oran, stolze Stadt. Tunis, Märchen aus Tausendundeiner Nacht.

Alles wird herausgeholt aus dem Bauch der Schiffe. Alles auf die Reis von Marseille geschüttet.

Die Hakenzähne der Kräne beißen in den Schiffsleib. Sie ziehen, reißen heraus. Der Mensch hilft ihnen. Sputet euch: der Mensch hat Hunger, der Mensch hat Durst.

Man braucht Pelze für die Frauen. Man braucht Federn. Man braucht Wolle.

Rafft dahin. Mordet. Durchwühlt die Eingeweide der Erde. Werft alles auf den Markt.

Die Schuppen füllen und leeren sich. Man muß an Land gehen und an Bord. Bewegung ohne Ende. Ein Schiff fährt in den Hafen ein, ein anderes geht in See. Das ist das Daher und Dahin auf allen Meeren.

Wie das Geld alles rollt. Was keinen Zweck verfolgt: das sind die Schiffe.

Sie haben alle Farben und alle Formen.

Jede Schiffahrtsgesellschaft hat ihre Flagge und macht Reklame.

Seht die großen Plakate. Man spekuliert auf die Leichtgläubigkeit des Publikums. Eine dunkelblaue Fläche, das ist das Meer ohne Wogen; eine hellblaue Fläche, das ist der Himmel ohne Wolken. Eine schönes Schiff leuchtend und blank. Ein Palast. Und in Goldbuchstaben: „Komfort. Gepflegte Küche. Vergnügungsreisen."

Vom Plakat geht man zum Schalter. Man fährt ab.

(Fortsetzung folgt.)

Ameisen im Kriege

Von Maurice Maeterlinck

Der philosophische Betrachter der Bienen und Termiten (und auch der Pflanzen und Sterne), M. Maeterlinck, hat jetzt auch dem dritten Staatengebilde in der großen Insektenwelt, den Ameisen, eine Darstellung gewidmet. („Das Leben der Ameisen", Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin, in Leinen geb 6,50 M.). Sie hat alle die Vorzüge seiner früheren popularisierenden Schriften; den Reiz der dichterischen Diktion, den Sinn für die Auswahl des Interessanten und Wichtigen aus dem unübersehbaren Stoff, den Versuch, den Problemen des Ameisenlebens (und des Lebens überhaupt) näher zu kommen. Wir geben mit Genehmigung des Verlages einen Abschnitt mit Kürzungen wieder, der das vorgeschrittene Verhalten der Ameisen im Kriege behandelt.

Von allen Insekten haben einzig die Ameisen organisierte Heere und unternehmen Angriffskriege. Die Termiten halten zwar Soldaten, diese greifen aber niemals an. Sie sind ausschließlich zur Verteidigung des Gemeinwesens und zum Schutz der unbewaffneten Arbeiter bestimmt, die im Umkreis der Burg Futter sammeln. Die Bienen kennen gleichfalls den eigentlichen Angriffskrieg nicht. Von Ausnahmen abgesehen, herrscht in der Welt der Bienen Achtung vor Leben und Eigentum.

Nicht so bei den Ameisen. Im allgemeinen sind sie friedliebend. Sie vermeiden die unnötige Gewalt. Jedoch die Tatsache einer verfeinerten Zivilisation bringt es für die intelligentesten unter ihnen fast immer mit sich, daß sie weniger kriegerische, mehr willfährige Rassen, deren Angliederung oder Bündnis sie nötig haben, auch angreifen. Darin nähern sie sich in eigentümlicher Weise den höchsten menschlichen Zivilisationen.

Natürlich sind die Waffen so verschieden wie die Körper. Für den Angriff besitzen alle Ameisen Kiefer, das heißt, recht schreckenerregende Werkzeuge buntesten Aussehens. Sie bilden Zangen oder Scheren, zum Teil kurz gedrungen wie Kneifzangen oder lang wie Säbel, manchmal in einer scharfen Spitze endend, die mit einem Stoß den Schädel des Gegners durchbohrt. Wieder andere besitzen eine doppelte, gezahnte Schneide und können Hals, Füße und Brustschild des Feindes absägen; schließlich gibt es welche, die zwiefach bewaffnet sind und zwei übereinander liegende Sägepaare haben. Noch andere Arten verfügen außer über Kiefer auch über einen Stachel und einen Giftsack, ähnlich dem der Bienen. Diese Waffe scheint sich aber langsam zurückzubilden. Dafür findet sich gewöhnlich eine Steißtasche, eine Art Zerstäuber, mit der auf bestimmte Entfernung eine Giftwolke geschleudert werden kann, die den Widersacher lähmt oder anleimt. Die Ameisen haben übrigens offenbar eine Abneigung gegen die Anwendung dieser Waffe. Sie gebrauchen sie nur im Notfall und bei schweren Kämpfen.

Es ist gleichfalls natürlich, daß die kriegerische Technik nicht minder verschieden ist, als es Körper und Waffen sind. Jede Art von Kriegführung be. uns findet sich in ihrer Welt wieder: offene Kriege, blitzartige Ueberrumpelungen, Massenaushebungen, Kriege aus dem Hinterhalt, durch Ueberfall, durch heimliches Einschleichen, hartnäckige und Vernichtungskriege, planlose und matte Kriege, Belagerungen und Einkreisungen, die genau so klug erdacht sind wie bei uns, glänzende Abwehr, wütender Sturmangriff, verzweifelter Ausfall, aufgelöster oder strategischer Rückzug. Mitunter finden sogar Gefechte zwischen Verbündeten statt.

Zunächst sind die meisten Arten — ich sagte es schon — im Gegensatz zur unrichtigen alten Legende weder egoistisch noch kriegerisch, sondern ausgesprochen friedliebend. Das hindert nicht, daß sie, werden sie angegriffen, bei der Verteidigung ihrer Stadt einen Mut entfalten, der dem unserer heldenhaftesten Truppen allermeist überlegen ist. Sie beachten selten die Zahl oder Größe ihrer Feinde. Uebrigens verzichtet der Angreifer angesichts ihrer drohenden Haltung bisweilen auf seine Pläne und schämt sich nicht, nach dem ersten Zusammenprall die Flucht zu ergreifen.

So mächtig, so wohlausgerüstet, so furchterregend sie auch sein mögen, im allgemeinen achten doch die friedliebenden Ameisen fremdes Gut, mißbrauchen ihre Gewalt nicht, vermeiden jede Gelegenheit, jeden Anlaß zu einem Konflikt und beschäftigen sich still und ausschließlich nur mit den Angelegenheiten ihres eigenen Nestes. Die Neomyrma Rubida zum Beispiel, die furchtbarste europäische Ameise, besitzt einen tödlichen Stachel, greift aber niemals eine fremde Kolonie an.

Zum Schaden für den Frieden und das Glück der Ameisenwelt gibt es, wie bei uns, Rassen — gewöhnlich sind es die reichsten und mächtigsten —, die sich nicht von den gleichen Bedenken bestimmen lassen. Ohne den Krieg zu ihrem eigentlichen Handwerk zu machen, finden sie es doch ganz in der Ordnung, sich fremden Eigentums zu bemächtigen und besonders in regelmäßig wiederkehrenden Raubzügen die gesamte Jugend einer benachbarten Stadt noch vor der Geburt zu rauben, um sie in Sklaverei zu führen. Man muß mit Bedauern feststellen, daß die zivilisiertesten, die intelligentesten Arten die skrupellosesten sind.

Unter den kriegerischen Ameisen sind die Sanguinen oder Raptiformica Sanguinea in Europa sehr verbreitet, man findet sie gewöhnlich längs der Sonnenseite von Wiesenzäunen. Die Sanguinen unternehmen alljährlich während des Sommers zwei, drei Sklavenraubzüge. Und nichts kann strategisch besser organisiert, besser berechnet sein. Nur wenig Opfer bleiben auf der Walstatt. Die alten Einwohner werden einfach vertrieben und kehren nicht wieder in ihr Nest zurück. Nach beendigter Ueberführung der Puppen wird es auch vom Eroberer verlassen und zerfällt bald. Dem Grundsatz der Ameisen getreu, wurde die für unerläßlich erachtete Unternehmung ausgeführt und dem Gegner nur der unbedingt notwendige Schaden zugefügt.

Der eigentliche Sklavenhalter ist der Polyergus Rufescens, die Amazonenameise oder Legionärin, wie Huber sie nennt. Sie kommt verhältnismäßig selten vor. Für die anderen Arten ist Sklavenhalten ein Luxus, für sie eine Lebensnotwendigkeit. Auch ist das Verhältnis zwischen Herren und Knechten bei ihr umgekehrt. Bei den Sanguinen rechnet man gewöhnlich einen Sklaven auf sechs oder sieben Herren; während jede Amazone sechs oder sieben Sklaven hat. Bei den Sanguinen hebt die Entwicklung erst an, hingegen bei den Amazonen ist sie apollendet. Ihrer sichelförmigen Kiefer wegen ist die Amazone, gleich dem Soldaten der Termite, nur für den Krieg geschaffen. Es ist ihr nicht möglich, ohne fremde Hilfe zu essen, und sie kann ihre Nahrung nur vom Munde ihrer Dienerinnen nehmen. Zudem ist sie auch unfähig, ihre Jungen zu pflegen und ihr Nest zu bauen oder instand zu halten. In der Tiefe der Höhle bringt sie ihre unausgefüllten Stunden in dumpfer Trägheit hin. Ab und zu putzt sie ihre Rüstung oder bettelt ihre Sklaven demütig um einen Schluck Honig an. Eine andere Abwechslung kennen sie nicht. Dienerlos wären diese prächtigen, stahlgepanzerten Krieger, so herrliche Stoßtruppen und unwiderstehliche Soldaten sie sein mögen, ebenso ungeschickt, ebenso hilflos und verlassen wie Säuglinge.

Von Natur aus ist also der Krieg das einzige Handwerk der Amazone. Er ist für sie die Lebensfrage. Um jeden Preis muß sie ihre Sklaven unaufhörlich ergänzen.

Das Porträt

Carlos stand vor dem Delikatessengeschäft, betrachtete die Auslagen, zog sich den Leibriemen etwas enger und sann darüber nach, ob er auch noch einmal in seinem Leben solcher Genüsse teilhaftig werden würde. Seine Malerei trug ihm nichts ein; seit Tagen hatte er nur davon gelebt, seinen Leibriemen jeweils um ein Loch enger zu schnallen.

Da trat eine elegante Dame mit Paketen beladen aus dem Laden, stutzte einen Augenblick und ging dann lachend auf Carlos zu: „Halloh, Carlos, sieht man Sie auch einmal wieder? Kommen Sie, begleiten Sie mich ein Stück!"

Carlos saß neben der bekannten Schauspielerin in ihrem Wagen, und während sie durch das Gewühl der Straßen steuerte, überschüttete sie ihn mit Fragen. Da sah sie ihn auf einmal von der Seite an, wurde ernst und fragte: „Es geht Ihnen schlecht, Carlos?"

„Offen gesagt, ja. Recht schlecht sogar."

„Aber warum", entgegnete die Schauspielerin, „ziehen Sie sich von aller Welt zurück? Sie müssen sich sehen lassen. Dieses Opfer sind Sie Ihrem Berufe schuldig. Soll ich Sie ein wenig lancieren? Wissen Sie was, ich gebe morgen eine kleine Gesellschaft. Kommen Sie zu mir. 9 Uhr. Abgemacht?"

Carlos kam. Die Schauspielerin stellte ihn ihren Freunden vor: „Meine Herrschaften, Sie sind es gewohnt, in meinem Salon Berühmtheiten kennen zu lernen. Heute habe ich eine ganz große Ueberraschung für Sie. Das ist mein Freund Carlos. Im nächsten Jahre wird man sich um ihn und um seine Bilder in allen Salons reißen."

„Was malen Sie? Auch Porträts?" fragte der dicke Bankier Rombach.

„Ja, auch Porträts", sagte Carlos.

„Würden Sie mich malen? Aber in Oel."

„Gewiß, gern", stotterte Carlos.

„Was verlangen Sie für ein Bild?"

Carlos dachte verlegen nach und suchte nach einer Zahl. Da rettete die Schauspielerin die Situation: „Bravo, lieber Direktor, Sie scheinen auch in der Kunst eine gute Nase zu haben. Ich bin sicher, Carlos wird Ihnen aus Freundschaft zu mir einen ganz niedrigen Preis machen. Sagen wir: 2000 Mark. Ist es Ihnen recht, Carlos?"

Carlos sah auf wie einer, der nicht recht gehört zu haben glaubt. „2000, aber sicher, selbstverständlich", lispelte er.

„Abgemacht", sagte der Bankier, schlug Carlos auf die Schulter, küßte der Schauspielerin die Hand und ließ sich als Mäcen und Entdecker feiern.

Carlos malte das Bild. Und Rombach begannen mehr und mehr die versprochenen 2000 Mark leid zu tun, die er nur bewilligt hatte, um der Gesellschaft bei der Schauspielerin zu imponieren.

Als Carlos das fertige Bild abliefern wollte, nahm Rombach es nicht an, erklärte, daß es absolut nicht ähnlich sei, daß kein Mensch ihn darauf erkennen könne und er die Zahlung des Geldes verweigere.

Carlos, der sich endlich im Besitz einer für ihn riesenhaften Summe dünkte, wußte nicht, was er tun sollte. Dann kam ihm eine Idee. Er nahm das Bild wieder unter den Arm, erklärte sich mit der Nichtannahme einverstanden und bat den Bankier nur noch, ihm diese Absage schriftlich zu begründen, da er sich in Erwartung des Geldes schon verschiedene Beträge ausgeliehen hatte, die er nun nicht zurückgeben konnte. Mit dem Briefe wollte er wenigstens seinen Gläubigern beweisen, daß er ihnen keine Märchen erzähle. Rombach erfüllte diese Bitte mit Vergnügen; sparte er doch durch diesen Brief 2000 Mark.

Einige Wochen später fand in einer bekannten Kunsthandlung eine Ausstellung junger Maler statt. Die Spitzen der Gesellschaft wohnten der Eröffnung bei, und alle blieben vor Carlos' Bild stehen und lächelten. Er hatte das Porträt des Bankiers Rombach ausgestellt, und darunter stand ebenso wie in dem Katalog: „Bildnis eines bekannten Hochstaplers."

Rombach fiel es auf, daß alle Leute ihn fragten, ob er schon in der neuen Ausstellung gewesen sei, und ihm, wenn er dies verneinte, antworteten: „Nun, das müssen Sie sich aber eigentlich einmal ansehen." Schließlich ging Rombach hin, sah sein Bild und sah die Unterschrift. Tobend ließ er sich den Direktor kommen: „Sie werden sofort diese beleidigende Unterschrift unter meinem Bilde wegnehmen." Der Ausstellungsleiter zuckte die Achseln: „Bedaure, da müssen Sie schon mit dem Künstler selber sprechen."

Rombach fuhr zu Carlos: „Sie werden sofort diese beleidigende Unterschrift unter meinem Bilde wegnehmen!"

„Ich denke nicht daran", sagte Carlos.

„Ich werde Sie durch eine einstweilige Verfügung dazu zwingen und Sie dann verklagen."

„Bitte schön!" sagte Carlos. „Dann werde ich auf das Gericht gehen und Ihren Brief vorzeigen, in dem Sie mir bestätigten, daß das Bild Ihnen absolut nicht ähnlich sei und kein Mensch Sie darauf erkennen könne."

Der Bankier sank auf eine Bretterkiste, die Carlos als Klubsessel diente, wischte sich mit dem Taschentuch über die Stirn und sagte kleinlaut: „Ich werde Ihnen das Bild abkaufen. Ich stelle Ihnen einen Scheck auf 2000 Mark aus."

„Bedaure", sagte Carlos, „das Bild ist nicht verkäuflich."

„Menschenskind, machen Sie mich nicht unglücklich!"

„4000 Mark", entgegnete Carlos, „dann können Sie sich das Bild abholen. Ich gebe Ihnen fünf Minuten Bedenkzeit."

Rombach zahlte. Die ganze Stadt lachte. Und Carlos ist heute ein begehrter Porträtist, der seinen Leibriemen nur noch zum Vergnügen trägt.

Mario Mohr.

Potemkin

Ein Höfling, der das Potemkinsche Regime haßte, sagte eines Tages zu dem allmächtigen Günstling der Zarin Katharina II.: „In Nikolajew bauen wir jetzt einen Glockenturm, dessen Glocken in Sjetsch zu hören sein werden." Potemkin grinste: „Mein Lieber, das ist noch gar nichts. Wenn ich in Sjetsch die Pfeife blase, so tanzt der ganze Petersburger Hof danach."

Rothaarige Neger

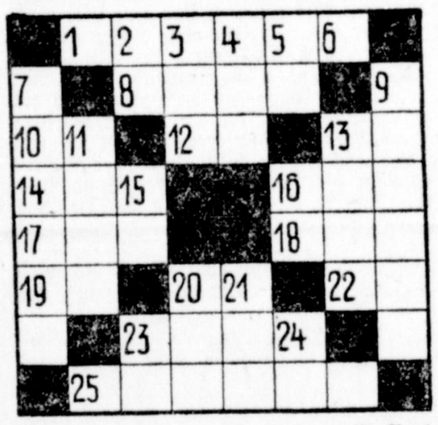
Rothaarige Menschen gibt es bei den europäischen Völkern mehr als bei den Bewohnern anderer Erdteile und den Angehörigen anderer Rassen. Die Höchstzahl zeigen die schottischen Hochländer, von denen 11 Proz. rothaarig sind. Danach folgen die polnischen Juden mit 5,6 Proz., Holland mit 2,45 Proz., Elsaß-Lothringen mit 1,34 Proz., Mecklenburg-Schwerin mit ganz geringer Zahl von 0,09 Proz. Andere Völker stehen in dieser Hinsicht zwischen den genannten letzten beiden. Aber selbst unter den Negern kommt rötlichblondes Haar vor bei allgemeinem Mangel an Pigment, dem sogenannten „Albinismus", wenn dieser Albinismus nicht vollständig ist. Bei Vollalbinismus wird das Haar der Neger ganz weiß. Uebrigens ist auch bei europäischen Rothaarigen häufig Albinismus die Ursache ihrer Haarfarbe.

Der SOS-Ruf der Füchse

Auf einer Pelztierfarm in Eisenberg bei Jena werden kostbare Silberfüchse gezüchtet. Oftmals wird der Erfolg der Aufzucht durch das scheue Wesen dieser Tiere beeinträchtigt. Wildernde Hunde oder Katzen können eine maßlose Panik unter den Silberfüchsen hervorrufen, die in blinder Raserei sich selber und ihre Gefährten töten. Zum Schutze gegen die erheblichen Verluste, die durch Beunruhigung der wertvollen Tiere entstehen könnten, hat man im Gehege der Füchse ein Radiomikrophon aufgestellt und mit einem Lautsprecher im Wärterhause verbunden, so daß die Füchse jederzeit „funken" können, wenn sie sich in Gefahr befinden.

Rätselecke.

Kreuzworträtsel



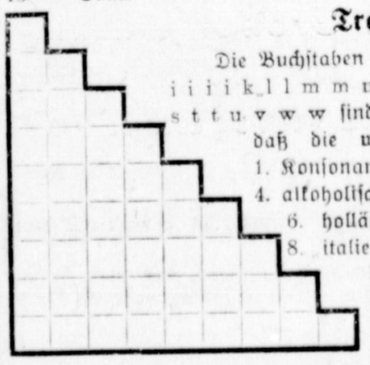
Waagerecht: 1. Schauergerieren; 8. törichter Mensch; 10. Präposition; 12. hinweisendes Wort; 13. Milliampère; 14. Sorge; 16. Teil des Hauses; 17. geistesgestört; 18. geographische Bezeichnung; 19. französischer Artikel; 20. wie Nr. 12; 22. französische Präposition; 23. buddhistischer Priester; 25. Raubtier. — Senkrecht: 2. Präposition; 3. Fahrzeug; 4. Papageienart; 5. Mediziner (abgekürzt); 6. Pokal; 7. Insel der Philippinen; 9. Quälerei; 11. Schauspiel von Ibsen; 13. Verbrechen; 15. gebräuchliche Abkürzung für Treppe; 16. englisch zu; 20. Sohn Jakobs; 21. Behörde; 23. französischer Artikel; 24. Umlaut.

Geographisches Rätsel.

1 — Main
2. — Havel
3 — Donau
4. — Mulde
5. — Werra
6. — Warnow
7 — Angerapp
8. — Aller
9. — Elbe
10. — Oder
11. — Neckar
12. — Elbe
13. — Oder
14. — Wupper
15 — Saale

An Stelle der Striche vor den Flüssen setze man den Namen einer Stadt, die an dem betreffenden Flusse liegt. Die Anfangsbuchstaben der Städte, von oben nach unten gelesen, nennen eine Werkstätte für modernste Verkehrsmittel. ab.

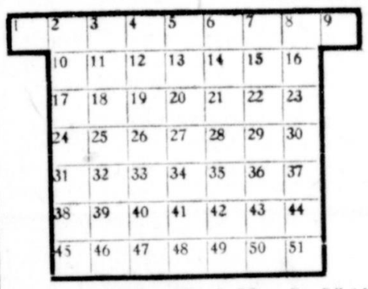
Treppenrätsel.



Die Buchstaben a a a b d d d e e e e e e h i i i i k l l m m n n n n o o o p r r r r r r s s t t u v w w sind so in die Figur einzuordnen, daß die waagerechten Reihen ergeben: 1. Konsonant; 2 Fluß in Asien; 3. Wild; 4. alkoholisches Getränk; 5 Schiffszubehör; 6. holländische Käseart; 7. Wildart; 8. italienische Kolonie in Afrika; 9. deutscher Dramatiker. Die vorderste Senkrechte ergibt dann einen Ratgeber für jeden zielbewußten Sozialisten. gst.

Karreerätsel.

(Gesetzlich geschützt.)



Jede Zahl der zu erratenden Wörter entspricht einem Buchstaben, der in das mit der gleichen Zahl bezeichnete Karree einzutragen ist. — Die Buchstaben, von 1 bis 51 fortlaufend gelesen, ergeben ein Wort von Shakespeare. — Bedeutung der einzelnen Wörter: 1. Meersäugetier 1 15 13; 2. Fluß in Rußland 9 8 4 24; 3. sprachliches Ausdrucksmittel 10 11 3 32; 4. skandinavisches Reich 6 30 12 14 26 23 40 22; 5. Höchstleistung 19 43 45 46 27 42; 6. Auerochs 17 2 7 47 28 32; 7 asiatisches Reich 5 44 23 18 50 48; 8 kleiner Flecken 33 8 21 13 26 38; 9. kleines Raubtier 29 13 32 37 16; 10. Handelsgut 36 34 41 40; 11. Erntegerät 20 43 49 35 47; 12. europäischer Strom 39 50 2 30 31 6 8 13; 13. Rückstand von Wunden 51 15 3 25 26. r.

Der Schlauberger

Der Geldmann vier, daß sein Einszweidrei
Mit Steuern hier ganz überlastet sei.
„Das einzige Mittel ist Einszweidreivier.
Was schiert mich der Staat, erst ich und dann ihr!"
Er ergriff die Vier, als man es entdeckt.
Im einsamen Drei hält er sich versteckt. e.

Auflösungen in der nächsten Rätselecke.

Auflösungen der letzten Rätselecke

Silben-Kreuzworträtsel. Waagerecht: 1. Buchdrucker; 3. November; 5. Linse; 6. Berlin; 8. Kondor; 9. Tein; 11. Visum; 12. Terrain; 13. Georg; 14. Fauna; 15. Enos; 16. Tirol; 17. Sender; 18. Trio; 19. Hausschaf; 20. Nagel; 21. Tender; 22. Schule; 25. Senne; 29. Geste; 30. Germinal; 31. Sinfonie. — Senkrecht: 1. Buchse; 2. Kerze; 3. Notar; 4. Berber; 5. Linde; 7. Linnen; 8. Konsumgenossenschaften; 10. Internationale; 23. Besen; 24. Liste; 26. Neger; 27. Kanal; 28. Bassin; 29. Genie. —

Silbenrätsel: 1. Elias; 2. Sinai; 3. Bettuch; 4. Irene; 5. Lombardei; 6. Dahlien; 7. Eisenach; 8. Tara; 9 Eger; 10. Influenza; 11. Nautik; 12. Talent; 13. Adele; 14. Leiter; 15. Efendi; 16. Nauen; 17. Tigerpferd; 18. Sellerie; 19. Isegrim 20. Champignons; 21. Internat; 22. Notar; 23. Domino; 24. Eigentum; 25. Roland; 26. Seife; 27. Teilhaber; 28. Instanz; 29. Laterne; 30. Lorelei; 31. Effekt. — „Es bildet ein Talent sich in der Stille sich ein Charakter in dem Strom der Zeit."

Magisches Quadrat: 1. Löbe, 2. Ösel, 3 Beil, 4. Ella.

Scharade: Bernstein

Wir bauen am Werk der Zukunft

Der Ortsausschuß Bielefeld des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Baugenossenschaft „Freie Scholle", Bielefeld, und die Dewog-Revisionsvereinigung, Bezirk Rheinland-Westfalen, veranstalteten am Samstag, dem 6. Dezember 1930, in Bielefeld unter der Devise „Wir bauen am Werk der Zukunft" eine Kundgebung für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Die Veranstaltung bildete den Abschluß eines Unterrichtskursus für die Funktionäre der gemeinnützigen Baugenossenschaften des Dewog-Bezirks Rheinland-Westfalen. Der Kursus fand im „Bunten Haus" in Grar bei Bielefeld statt. Lehrgegenstände waren Buchhaltung und Bilanz, Rechtsfragen für den Genossenschaftler, Baufinanzierung und Baukontrolle, Wohnungsverwaltung und Selbstverwaltungsfragen in der Genossenschaft, modernes Bauen und Wohnungskultur.

Bei der Abschlußveranstaltung in der Städtischen Festhalle Bielefeld sprachen die Genossen Stadtrat Binder, Bielefeld; Bittner, Bochum; Meyer, Solingen; und Landtagsabgeordneter Drügemüller. Letzterer wandte sich gegen die Hetze, die neuerdings gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau einsetzt. Gegenüber der plumpen Spekulation auf die Vergeßlichkeit des deutschen Volkes erinnerte Drügemüller daran, daß schon im kaiserlichen Deutschland von den damaligen Landesbehörden zur Gründung von Baugenossenschaften aufgefordert werden mußte, weil das Versagen der privaten Bautätigkeit selbst in jenen Zeiten als katastrophal empfunden wurde. Alle Redner äußerten schwerste Bedenken gegen die Kürzung der Mittel für den Wohnungsbau. Die bedrohliche Lage auf dem Arbeitsmarkt fordere gerade das Gegenteil. Jede nicht gebaute Wohnung bedeute 2000 RM Arbeitslosen-Unterstützung. Das Wahlergebnis sei ein Grund mehr, die Baugenossenschaftsbewegung zu stärken.

Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit..." fand die eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Vortrag über Verkehrs- und Industrieerschütterungen

Auf Einladung der geodätischen Abteilung der Gesellschaft für Wissenschaft und Leben, Essen, erstattete vor über 100 Vertretern der Behörden und der Industrie Herr Dr. R. Ambronn (Göttingen) im Museum für Heimat-, Natur- und Völkerkunde, Essen, einen Bericht über die von ihm konstruierten Erschütterungsmesser für das quantitative Studium von industriellen und Verkehrserschütterungen. Die bisher vorzugsweise von der Praxis aus der Erdbebenforschung übernommenen mechanischen Seismographen erfüllen nicht die an sie gestellten Bedingungen. Der Vortragende ist daher zu ganz neuen Konstruktionsprinzipien übergegangen. Zur quantitativen Aufzeichnung der zu den analysierenden Erschütterungen gehörigen Beschleunigungskurve benutzt er einen Piezo-Quarz-Erschütterungsmesser, dessen an der Meßstelle selbst anzubringenden Empfänger sehr leicht und klein gehalten ist und gleichzeitig zur Messung in beliebigen Richtungen benutzt werden kann. Dieser Empfänger verwendet unter Zuhilfenahme der piezoelektrischer Eigenschaft von Bergkristallplatten den aufzunehmenden zeitlichen Ablauf der Beschleunigung am Meßort in eine genau gleichgeformte Kurve eines elektrischen Stromes, der nun zu einem in beliebiger Entfernung angebrachten Meß- oder Registrierapparat geleitet wird. Auf diese Weise werden sämtliche Bedingungen bestens erfüllt. An einer Anzahl von Beispielen zeigte der Vortragende die Anwendung dieses neuen Meßverfahrens in der Praxis.

Für solche Fälle, in denen die quantitative Registrierung der zu studierenden Erschütterungsbewegung nicht erforderlich erscheint, oder nicht möglich ist, z. B. für die Verkehrsüberwachungsbeamten in den Straßen, zur Kontrolle der Beschaffenheit von Straßendecken usw., zeigte der Vortragende weiterhin einfache Instrumente, welche ebenfalls auf der Analyse des Beschleunigungsverlaufes beruhen und die je nach der Eigenart der vorliegenden Aufgaben die Maximalwerte oder den Mittelwert der auftretenden Beschleunigungen an einem vor einer Skala schwingenden Zeiger unmittelbar abzulesen gestatten. Leider konnte der Vortragende als Physiker die Frage nach der Bewertung der ermittelten Erschütterungen für etwaige Schäden nicht beantworten. Er war der Ansicht, daß die Lösung dieser Aufgabe durch die Praktiker erfolgen müßte.

Bücher und Zeitschriften

Einheitsblatt 70 „Breden-Ahaus-Bocholt-Coesfeld", 1:100 000, schwarz. Preis 1,30 RM.

Das Reichsamt für Landesaufnahme hat das Einheitsblatt 70 im Maßstab 1:100 000 neu mit Berichtigungen (Zusammendruck 1930) herausgegeben. Die Karte ist in Schwarzdruck hergestellt.

Erfaßt werden die Gebiete der Städte Breden-Ahaus-Bocholt-Coesfeld und der Kreise Ahaus und Borken in ihrer Gesamtheit und im Nordosten Steinfurt, im Südosten Recklinghausen, im Südwesten Rees und im Nordwesten die Niederlande teilweise.

Wir können diese Karte allen unseren Lesern empfehlen, da sie zum Schul- und Dienstgebrauch mit größtem Vorteil zu verwenden ist.

Sie ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Amtliche Hauptvertriebsstelle ist die Verlagsbuchhandlung R. Eisenschmidt, Berlin NW. 7, Mittelstraße 18.

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Köln (227) und Langenberg (473).
Zwischensender: Aachen (227) und Münster (227).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: Leibesübungen. ● 7: Schallplatten. ● 10.15: Schallplatten. ● 10.30: Wasserstände ● 12.10: Schallplatten ● 12.50: Wetter. ● 12.55: Nauener Zeit. ● 13.05: Konzert. ● 15.30: Wirtschaftsberichte. ● 16.25: Zweite Wirtschaftsmeldungen außer Sa.. ● 17.30: Konzert. ● 18.50: Vom Tage (außer Sa.). ● 19: Wirtschaft meldungen, Wetter und Sportbericht. ● 22: Meldungen, Berichte. Sport.

Mittwoch 17 Dezember.

8.00: Mutter und Kind Gespräch.
11.20: Musikalischer Schulfunk. Weihnachtszeit der Barock. (...) Klara Hansen (Sopran).
15.50: Kinderstunde. Aus unserer Weihnachtswerkstatt.
16.20: Dr Marta Steinhoff: Frau und Volksbibliothek.
16.50: Dr Baaf Berufe für Abiturienten ohne Studium.
18.15: Dir Dr Weber: Wesensfragen der Wohlfahrtspflege.
18.40: Severin Rüttgers: Deutsche Volksbücher.
19.25: Redakteur Georg Bener: Besuch bei Krefelder Textilarbeitern.
19.45: Abendmusik des kleinen Funkorchesters. Beliebte Ouvertüren und Walzer.
20.40: Dr Martin Rockenbach: Meister des Reiseberichtes. Johann Muron: Dalenbrief.
21.05: Sinfoniekonzert. Funkorchester. Solistin: Lydia Hoffmann-Behrendt (Klavier).
Anschl.: Konzertübertragung.

Mittwoch, den 17. d. M., 19 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gelsenkirchen, Essener Straße: Fraktionssitzung.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.25: Zeit, Wetter für den Landwirt ● 6.55: Wetter für den Landwirt. ● 7: Gymnastik Konzert ● 10.30; 13.30: Nachrichten. ● 12.25: Wetter für den Landwirt o 12.50). ● 12 bzw. 12.30: Schallplatten (außer S... ● 12.55: Nauener Zeit ● 14: Berlin: Schallplatten. ● 15.30: Wetter, Börse. ● 19.55: Wetter für Landwirte.

Deutsche Welle. Mittwoch, 17. Dezember.

9.00: Im Archiv der Stadt Berlin. Interessante Urkunden, Handschriften und Karten aus alter Zeit.
10.00: Mitteilungen des Reichsstädtebundes.
11.30: Ober-Landw.-Rat Krug: Wie muß ich sortieren und verpacken, um den Absatz von Obst und Gemüse zu sichern?
14.00: Berlin: Schallplatten Konzert.
15.00: Kinderstunde „Vom Troll, der ein Mensch werden wollte".
15.45: Elie Peli-Langenscheidt: Hygiene in Küche und Haus.
16.00: Min.-Rat W. Landé: Die gegenwärtige Lage der Schulpolitik.
16.30: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Willi Apel: Kurze Klavierstücke in drei Jahrhunderten.
18.00: Dr Kurt Baschwitz: Auch Zeitungslesen will gelernt sein.
18.30: Staatssekretär Dr Sautter: Reichspost und Eisenbahn.
19.00: Dr Joh Günther: Deutsch für Deutsche.
19.35: Ministerialrat a. D. Giesecke und Oberingenieur W. Schäffer: Vom Rundfunk.
20.00: Aus Danzig: Märsche.
20.40: Feier zur Erinnerung an die 100jährige Wiederkehr des Todestages des südamerikanischen Freiheitshelden Simon Bolivar.
Ca. 22.15: Tanzmusik.

JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Sozialistische Arbeiterjugend, Gelsenkirchen.

Achtung! Hier sind die Ueckendorfer!

Wir machen an dieser Stelle noch einmal darauf aufmerksam, daß zu unseren Gruppenabenden nur die Genossinnen und Genossen Zutritt haben, die im Stadtteil Ueckendorf wohnen. Die Mitglieder aus anderen Stadtteilen können wir nicht dulden. Es ist keine Eigenbrödelei, die uns diesen Schritt gehen läßt, sondern ausschließlich die Raumverhältnisse zwingen zu dieser Maßnahme.

Der Beschluß wird strikte durchgeführt.

Die Führerschaft. I. A.: Erna Junga.

*

Dienstag, den 16. d. M., spricht der Genosse Renner in der Almaschule, Ueckendorfer Straße, über das Thema: **„Was ist Sozialismus?"** Wir beginnen pünktlich um 8 Uhr. Bringt neue Freunde mit.

SAJ., Gruppe Mitte.

Mittwoch, den 17. d. M., um 20 Uhr, im Heim: Sprechchorprobe für unsere Weihnachtsfeier.

SAJ., Gelsenkirchen.

Die Zusammenkunft der Aelterengruppe fällt heute (Dienstag) aus.

SAJ., Gelsenkirchen.

Aelterengruppe: Genosse Brüntink kann heute nicht sprechen. Wir hören uns die Auseinandersetzung zwischen dem **Genossen Professor Dr. Nölting und Dr. Feder** (N. S. D. A. B.).

Die Uebertragung ist von 19.30 Uhr bis 20 Uhr. Anschließend diskutieren wir über das Gehörte.

GELSENKIRCHEN-BUER

Frauengruppen Gelsenkirchen.

Mittwoch ab 3 Uhr: Zusammenkunft im August-Bebel-Haus.

SPD., Ortsgruppe Bismarck West.

Am Mittwoch, dem 17. dieses Monats, nachmittags 2.30 Uhr, treffen sich die Parteigenossinnen und Genossen an der Ecke Sundern- und Josefinenstraße zur Teilnahme an der Beerdigung der Genossin Platte.

Alles muß zur Stelle sein.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Gruppe Ueckendorf.

Jungfalken: Alle Mädchen kommen heute (Dienstag), nachmittags 3 Uhr, bei Seidel, Glückaufstraße 1, zusammen. Alle Jungen kommen ebendort Donnerstag nachmittag um 3 Uhr zusammen.

Rote Falken: Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), nachmittags um 5 Uhr in der Almaschule.

Gruppe Mitte.

Jungfalken: Heute (Dienstag), nachmittags um 4 Uhr, ist unsere Zusammenkunft im August-Bebel-Haus.

Rote Falken: Unsere Zusammenkunft ist Freitag nachmittag um 4 Uhr im August-Bebel-Haus.

Gruppe Erle.

Unsere Zusammenkunft ist Mittwoch nachmittag um 2.30 Uhr in der Erler Sammelschule.

Gruppe Schalke.

Jungfalken: Unsere Zusammenkunft ist Mittwoch nachmittag um 3 Uhr in der Lessingschule.

Rote Falken: Unsere Zusammenkunft ist Mittwoch nachmittag um 5 Uhr in der Lessingschule.

Gruppe Hüllen.

Jungfalken: Unsere Zusammenkunft ist Donnerstag nachmittag um 3 Uhr in der Bosseschule.

Rote Falken: Unsere Zusammenkunft ist Donnerstag nachmittag um 5 Uhr in der Bosseschule.

Gruppe Bismarck.

Jungfalken: Unsere Zusammenkunft ist Donnerstag nachmittag um 3 Uhr bei Paul Grutze

Rote Falken: Unsere Zusammenkunft ist Donnerstagnachmittag um 3 Uhr bei Paul Grutze.

Helferkreis!

Unsere Helfersitzung ist am Donnerstagabend um 7.30 Uhr im August-Bebel-Haus. Alle müssen pünktlich zur Stelle sein.

Unsere Sonnenwendfeier!

Am kommenden Sonntag, dem 21. Dezember, vormittags um 10 Uhr, ist unsere Sonnenwendfeier im Lokale Serres, Bülowstraße. Die Gruppen marschieren geschlossen zu dieser Veranstaltung. Bringt eure Eltern zu der Feier mit!

Musikanten!

Donnerstag nachmittag um 5 Uhr treffen wir uns im August-Bebel-Haus. Alle müssen zur Stelle sein.

Flötenspieler!

Unsere Probe ist heute (Dienstag), nachmittags um 3 Uhr, im August-Bebel-Haus.

Trommler!

Unsere Probe ist Mittwoch nachmittag um 3 Uhr im August-Bebel-Haus.

Aus der Arbeitersängerbewegung

Volkschor Gelsenkirchen!

Heute (Dienstag) um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Essener Straße: Männerchorprobe. Die Sangesbrüder werden gebeten, pünktlich und zahlreich zur Stelle zu sein.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille" Ludwig Leopoldt, GmbH., Gelsenkirchen. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Salamander-Preise sind so niedrig,

wie sie eben nur die größte Schuhfabrik Deutschlands kalkulieren kann nach dem Prinzip: Großer Umsatz, kleiner Nutzen. Und trotzdem besitzt jeder Salamander-Schuh die berühmten Eigenschaften: Hervorragende Verarbeitung, tadelloser Sitz und hochmoderne Form.

MARKE SALAMANDER

SALAMANDER

Bahnhofstraße 44 Gelsenkirchen Bahnhofstraße 44

Der Scheuen-Prozeß vertagt

Berlin, 15. Dez. (Eigene Meldung.) In dem Beleidigungsprozeß der Frau Stadtrat Weyl trat heute nachmittag insofern eine Störung ein, als eine Schöffin in der Verhandlung einen Schwächeanfall erlitt und der Verhandlung daher nicht mehr folgen konnte. Im Einverständnis aller Beteiligten wurde der Prozeß, da Frau Weyl in der Zwischenzeit wichtige Magistratssitzungen, die Rechtsanwälte wichtige Termine wahrzunehmen haben, bis zum nächsten Donnerstag ausgesetzt. In der Verhandlung wurde noch einmal der Tod des Zöglings Hans Ledebur erörtert. Obermagistratsrat Knaut (nicht Krauß) gab das Gutachten des behandelnden Arztes wieder, nach dem ein Verschulden der Anstaltsleitung unmöglich vorliegen könne. Sehr belastend für die Mißstände in Scheuen war das Zeugnis des Erziehers Heemann, der in den letzten Wochen von Straubes Amtstätigkeit nach der Revolte als Praktikant nach Scheuen beordert worden war. Zu seinem Entsetzen, so sagte er aus, seien die Jugendlichen in Scheuen mit Gummiknüppeln, die teilweise mit Blei gefüllt waren, und auch mit Keulen herumgelaufen. Sein Eindruck von Straubes Verhalten bei der Revolte war äußerst ungünstig. Der Direktor habe es nach seiner — des Zeugen — Meinung fabelhaft verstanden, so zu tun, als ob er mit der ganzen Revolte nichts zu tun gehabt hätte. Dabei habe er sich unzweifelhaft Verfehlungen zuschulden kommen lassen. So habe er einem Jungen einen Anzug geschenkt, weil er bei der Revolte beim Zuschlagen so tüchtig gewesen wäre. Ein andermal soll Straube einen Jungen mit der Hundepeitsche traktiert haben. Alle diese Vorfälle hatte der Erzieher bei einer Zusammenkunft mit Frau Weyl im Mai mit ihr besprochen. Frau Weyl soll äußerst entrüstet gewesen sein, aber sie habe nicht, wie der Angeklagte es behauptet hatte, den Zeugen gebeten, nur ihr persönlich und nicht dem Landesjugendamt Berichte über diese Mißstände zu geben. Als Sachverständiger wurde Prof. Dr. Bondy, der Direktor des Jugendgefängnisses in Eisenach, gehört. Nach seinen Bekundungen habe Scheuen in Fachkreisen keinen guten Ruf. Straubes Vorgehen sei im Sinne der modernen Pädagogik unbedingt abzulehnen.

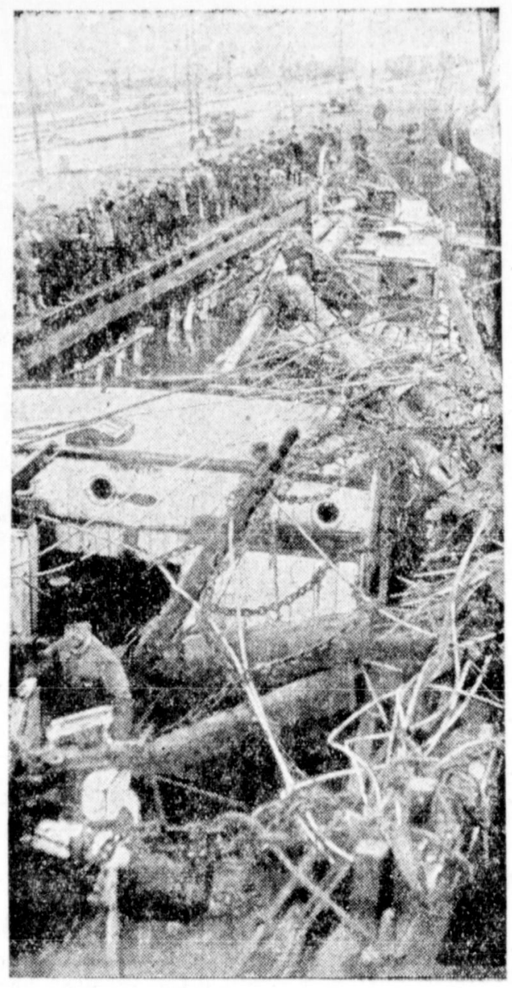
197 Millionen Ausfuhrüberschuß im November

Dreiviertel Milliarde Ueberschuß in 11 Monaten

Die Einfuhr im November beläuft sich auf 734 Millionen Reichsmark. Sie ist damit gegenüber dem Vormonat um 99 Millionen Reichsmark geringer ausgewiesen, und zwar vorwiegend infolge verminderter Einfuhr von Rohstoffen (— 48 Millionen Reichsmark) und Lebensmitteln (— 42 Millionen Reichsmark). Das Ausmaß dieses Rückganges ist zu einem Teil dadurch bedingt, daß die Oktobereinfuhr durch vierteljährliche Lagerabrechnungen überhöht war. Im November sind um 44 Millionen Reichsmark geringere Anschreibungen aus den Lagerabrechnungen vorgenommen worden; jeweils die Hälfte dieses Minderbetrags entfällt auf die Anschreibungen bei den Lebensmitteln und bei den Rohstoffen.

Die Ausfuhr ohne Reparations-Sachlieferungen stellt sich auf 870 Millionen Reichsmark im November. Sie ist also gegenüber Oktober um 141 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Der Rückgang der Ausfuhr ist zum Teil saisonbedingt. In jedem Jahr pflegt die Ausfuhr in den Monaten August bis Oktober ihren Höchststand zu erreichen, um dann bis Februar stärker abzufallen. Der Abfall ist immer am stärksten bei den Fertigwaren (7,1 Prozent gegen 5,3 Prozent bei der Gesamtausfuhr, im Durchschnitt der letzten Jahre), was auch in diesem Jahre wider zum Ausdruck kommt. Zu der Ausfuhr in Höhe von 870 Millionen Reichsmark treten Reparations-Sachlieferungen im Werte von 61 Millionen Reichsmark (gleicher Betrag wie im Vormonat, für die vom Ausland eine Gegenleistung nicht erbracht wird.

Die Handelsbilanz schließt im November mit einem Ausfuhrüberschuß von 136 Millionen Reichsmark gegenüber 178 Millionen Reichsmark im Vormonat ab. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen übersteigt der Wert der im November nach dem Ausland abgesetzten Waren den Wert der eingeführten Waren um **197 Millionen Reichsmark.** (Vormonat 239 Millionen Reichsmark.) Für die rückliegenden 11 Monate ergibt sich unter Ausschluß der Reparations-Sachlieferungen ein Ausfuhrüberschuß von 767 Millionen Reichsmark; unter Einbeziehungen der Reparations-Sachlieferungen beträgt der Mehrwert der abgesetzten Waren 1421 Millionen Reichsmark.



Das Wrack des Hamburger Motorschoners in Swinemünde

Die achtköpfige Besatzung wird noch vermißt, das Schiff liegt, wie unser Bild zeigt, bis zur Reeling unter Wasser.

Organisches Leben auf chemischem Wege?

Durch angebliche Forschungsergebnisse des Professors Dr. G. W. Crile von der „Cleveland Clinic Association" ist die wissenschaftliche und theologische Welt Amerikas in nicht geringe Bestürzung versetzt worden. Es handelt sich um nicht weniger als darum, daß es Professor Crile gelungen sein soll, aus toten Stoffen lebende Zellen zu erzeugen. Professor Crile wandte bei seinen Versuchen folgende Methode an: Aus Ascheteilen, die durch die Verbrennung der Hirnmasse getöteter Tiere gewonnen waren, verschiedenen Chemikalien und Protein bereitete Crile einen Teig, aus dem sich unter Einwirkung elektrischer Ströme lebende Zellen entwickelten, die sich durch Spaltung fortpflanzten und aus dem Protein ernährten. Dieser Vorgang wurde mikroskopisch deutlich wahrgenommen. — Die Bestätigung dieser unwahrscheinlich klingenden Meldung würde einer Revolutionierung sämtlicher wissenschaftlichen Erkenntnisse gleichkommen!

Straßenbahnzusammenstoß – 20 Verletzte

Berlin, 15. Dez. (Eigene Meldung.) Bei einem Straßenbahnzusammenstoß, der sich heute mittag in der Leipziger Straße ereignete, wurden 15 bis 20 Personen leicht verletzt. Sie mußten z. T. nach dem Krankenhaus, der Rettungsstelle und in ihre Wohnungen geschafft werden.

Gasvergiftungen in drei Wohnungen

Berlin, 15. Dez. In ihrer mit Gas angefüllten Wohnung in der Chausseestraße im Norden Berlins wurden heute vormittag der Arbeiter Schmittchen und seine Ehefrau tot aufgefunden. In der darüber liegenden Wohnung war durch das eingedrungene Gas eine Frau schwer vergiftet worden, daß sie im bewußtlosen Zustande in das Krankenhaus gebracht werden mußte. In der noch eine Treppe höher gelegenen Wohnung wurde eine weitere Frau aufgefunden, die ebenfalls Gasvergiftungserscheinungen aufwies. Ihr Befinden ist weniger ernst. Fahrlässigkeit der Familie Schmittchen dürfte die Ursache der Gasvergiftungen sein.

Explosion auf einem Ausflugdampfer

Miami-Beach, 15. Dez. Der Ausflugsdampfer „Eureka II" ist durch drei Explosionen zerstört worden. Bereits die erste Explosion verursachte eine große Panik unter den 135 Passagieren, die aus Furcht vor den Haifischen noch auf dem brennenden kleinen Dampfer bleiben wollten, bis die zweite Explosion, die im Benzintank erfolgte, sie zum Abspringen zwang. Mehrere Fahrzeuge der Küstenwache, Yachten und Fischerboote retteten 125 Passagiere, darunter viele Kinder. Vermißt werden 7 Personen. Da bis heute morgen nur drei Tote festgestellt wurden, hofft man, daß sie von irgendwelchen Fahrzeugen gerettet worden sind.

Die große Naziklage gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft

vor dem Arbeitsgericht hat einstweilen mit einer Blamage der Hitlerhelden geendet. Die Verhandlungen mußten nämlich vertagt werden, weil der Prozeßvertreter der Nazis, ein Herr König, wegen unqualifizierbaren Verhaltens aus dem Gerichtssaal gewiesen wurde, und sein Nachfolger, ein Herr Malitz, völlig zur Prozeßvertretung unfähig war. Die Verhandlungen können erst wieder aufgenommen werden, wenn die Nationalsozialisten einen geeigneten Prozeßvertreter aufgetrieben haben.

So sehen die Hitlerhelden aus! In den Volksversammlungen haben sie die große Klappe, auf der Straße sind sie Meister im Pöbeln und Flegeln, aber zu einer sachlichen Führung eines Arbeitsprozesses reicht es bei ihnen nicht aus. Frechheit und Ahnungslosigkeit — das sind die beiden Hauptmerkmale der Hitlerbewegung. Ueber alles reden die Maulhelden und von nichts haben sie eine Ahnung. Da inszenieren sie einen Riesenprozeß vor einem Arbeitsgericht, aber als Prozeßvertreter haben sie nur zur Verfügung einen Krakeeler und eine Jammergestalt, die erschütternd hilf- und kopflos in den Gesetzbüchern und Kommentaren herumkramt, bis sie nicht mehr weiter kann. Dieser König und dieser Malitz — Prachtgestalten der Hitlergalerie „königlicher" und „maliziöser" Köpfe.

MORD IN KLAMPENBORG

Kriminalroman von Hermann Reinecke

Urheberrechtsschutz Bimag, Berlin SW. 19.

17) (Fortsetzung.)

Jasper Steen nickte. Im Augenblick konnte man keine weitergehenden Pläne machen.

Die Dampferglocke läutete dreimal und als Torup mit dem Detektiv an Deck stieg, lief die Fähre im Hafen von Nyborg ein. Es dauerte eine Viertelstunde, bis der Wagen von dem Fährschiff heruntergeholt war, und der Kriminalinspektor begann bereits ungeduldig zu werden.

„Lassen Sie den Wagen so schnell laufen, als er nur kann," sagte Torup zum Chauffeur, indem er wieder neben ihm Platz nahm. Da es noch kälter geworden war, schlüpfte er in den Automantel und setzte die Lederkappe auf. Steen war guter Laune und betrachtete interessiert die Landschaft.

Kaum hatte der Wagen der Staatspolizei Nyborg verlassen, als der Chauffeur ein sehr scharfes Tempo anschlug und die Kilometerzahl ständig nach oben schraubte. Die Kontrolluhr zeigte 45, dann 60, 90, schließlich 97 Kilometer. Wie der Sturmwind raste der schwere Wagen durch die Liliputdörfer der Insel Fünen, eine knappe Stunde später kamen die Kirchtürme Odenses in Sicht.

„Fahren Sie rasch beim Polizeipräsidium vor!" kommandierte Torup, als der Bahnhof von Odense in die Nähe rückte. Der massige Sechssitzer erregte in den Straßen der Stadt Aufsehen und als vor dem Polizeipräsidium die Bremsen knirschten, blieben die Leute stehen und betrachteten verwundert den eleganten schweren Reisekasten mit der Kopenhagener Kennummer.

Steen blieb im Wagen sitzen, während der Inspektor die Treppen zum Präsidium hinaufstürmte.

Drei Minuten später war er wieder unten.

„Die da oben wissen von nichts," bemerkte er zu Steen, „Nielsen scheint also noch auf freiem Fuß zu sein. Der letzte Polizeifunkspruch aus Kolding lautete: Nichts Neues!" Und nun ab nach Strib!"

Er versetzte dem Chauffeur einen freundschaftlichen Klaps auf den Rücken.

Zehn Minuten später raste der Wagen wieder so über die Landstraße, daß Menschen, Hühner und Schafe von der Chaussee flüchteten. Torup hatte sich zu Steen in das Wageninnere gesetzt. Hin und wieder geriet der schwere Wagen in ein leichtes Schaukeln und wenn Schröder, der Chauffeur, die Kurven nahm, schloß Steen die Augen, weil er in Gedanken den Wagen schon gegen den nächstbesten Kilometerstein donnern sah. Torup fühlte sich bei diesem Tempo richtig wohl. Er rieb sich die Hände, zündete eine Zigarette an und blies dem Detektiv den blauen Rauch vergnügt ins Gesicht.

„Ich habe schon öfter beobachtet, daß Sie beim Autofahren nur Zigaretten und nie Zigarren rauchen!" begann Jasper Steen.

Torup bekräftigte. „Die Zigarette ist meiner Meinung nach das einzig passende Rauchmaterial für das Auto," erwiderte er. „Stellen Sie sich eine lange, dickbauchige, schwere Zigarre vor! Paßt die etwa zu der schneidigen Fahrt eines schnittigen Wagens? Nein! Eine Zigarette ist leicht und duftig; kaum in Brand gesetzt, ist sie schon wieder weg. Zigarette und Auto sind für mich sozusagen Verwandte."

Steen grinste. „Allerdings! Beide haben gewöhnlich eine kurze Lebensdauer!"

„Fauler Witz!" brummte der Inspektor und sah durch das Fenster auf die vorbeifliegende Landschaft.

Steen blickte ihn von der Seite an und räusperte sich. Dann sagte er:

„Wie denken Sie eigentlich über Söderstorm?"

Einen Moment lang schien es, als habe der Inspektor die Frage überhaupt nicht gehört. Dann wendete er den Kopf und meinte:

„Auf diesen unglückseligen Sekretär haben Sie es natürlich wieder abgesehen, mein lieber Steen. Ich kenne Sie zur Genüge. Wenn Sie jemanden aufs Korn genommen haben, ruhen nud rasten Sie nicht eher, als bis er zur Strecke gebracht worden ist. Auch wenn es ein Unschuldiger sein sollte."

Steen lachte. „Da befinde ich mich ja in guter Gesellschaft. Vorläufig sieht es nicht gerade so aus, als ob Ihr Chauffeur Jensen, den Sie gestern verhaften ließen, der Richtige wäre!"

Torup biß sich auf die Lippen und schwieg. Eine halbe Stunde lang sprach niemand ein Wort.

Es fing schon an zu dunkeln, als der Polizeiwagen in Strib einfuhr und auf die Fähre nach Fredericia verladen wurde.

Der Kleine Belt zeigte sich sehr ruhig, es war ziemlich windstill. Ein Dutzend Möwen flog hinter dem Schiff her; Torup warf ihnen vom Heck aus Brotstücke zu. Zwei Möwen wagten sich bis an Deck und ließen sich, auf dem Geländer gehend, von dem Inspektor füttern. Steen, dessen Mageninhalt durch die wahnsinnige Fahrt etwas durcheinandergekommen war, saß in der Teediele und beförderte zwei Doppelkognaks in sein Inneres.

Im Hafen zu Fredericia ging die Abfertigung schnell vonstatten. Steen wäre gern noch etwas auf dem hohen Wall an der See spazierengegangen. Er konstatierte, daß der Mensch derartige Gelüste in der Regel dann zu bekommen pflegt, wenn sie unausführbar sind. Er kannte diese Ueberfälle des Gemüts auf den Verstand und hatte sich längst damit abgefunden.

Schröder lenkte den Wagen langsam durch das historische Festungstor. Als man einen Eisenbahnübergang passiert hatte, legte er wieder im 70-Kilometer-Tempo los. Das Gelände war hügelig, aber die Landstraße in guter Verfassung. Bergauf und bergab raste der Wagen seinem Ziele zu. Ein versteckter Krug, wie man ihn noch häufig in Dänemark finden kann, flog vorüber; als die Eisenbahnlinie von neuem sichtbar wurde, tauchten bereits die ersten Häuser von Kolding auf.

Die Unterredung auf dem Polizeiamt dauerte eine halbe Stunde. Der Inspektor ließ sich genauen Bericht ablegen und telephonierte mit den Polizeiämtern in Hadersleben, Apenrade, Sonderburg verbinden. Ueberall nichts Neues. Auch die Grenzpolizei in Pattburg wußte nichts zu berichten. Als Torup wieder zum Wagen trat, in dem Steen gewartet hatte, brachte er zwei Kriminalbeamte mit, die im Innern Platz nahmen. Der Inspektor berichtete dem Detektiv in kurzen Worten.

Steen lächelte. „Nun, dann wird es wohl eine heitere Jagd werden!"

Und er sollte recht behalten.

Der Chauffeur hatte sich etwas die Beine vertreten. Als er am Steuerrad Platz nehmen wollte, fand er seinen Chef dort vor. Schröder sagte nichts und setzte sich neben Torup. Der Inspektor hatte die Autobrille aufgesetzt und den Ledermantel umgeschnallt. Gelassen schaltete er den Wagen ein und rollte ihn in gemächlichem Tempo aus der Stadt.

So ging es aber nur bis Vonsild.

(Fortsetzung folgt.)

Der Landtag tagt

Dienstag Film-Debatte

Berlin, 15. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Preußische Landtag trat am Montag zu einer kurzen Dezembertagung zusammen. Bei Eröffnung der Sitzung gedachte Präsident Bartels in einem längeren Nachruf, den das Haus stehend anhörte, des inzwischen verstorbenen Abgeordneten Adolf Hoffmann und des Zentrumsführers Föhr. Adolf Hoffmann habe als schlagfertiger und witziger Redner oft zur Belebung der Parlamentssitzungen beigetragen und sei als einer der ersten Vertreter der Sozialdemokratie im Jahre 1908 in das Parlament eingetreten. Für Adolf Hoffmann ist Abgeordnete Frau Dr. Käthe Frankenthal in den Landtag eingetreten. Ohne große Debatte wurde sodann der Staatsvertrag mit der Berliner Volksbühne an den Hauptausschuß überwiesen. Der Landtag erledigte weiter eine ganze Reihe kleiner Vorlagen. Am Dienstag steht der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den preußischen Innenminister Severing wegen seiner Haltung zum Film „Im Westen nichts Neues" zur Beratung. Außerdem wird der Finanzminister Höpker-Aschoff den Etat für das Jahr 1931 einbringen.

Nationalsozialistischer Radau

in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Trotz des Verbots des Polizeipräsidenten versuchten die Nationalsozialisten heute abend die angekündigte Versammlung im Zoologischen Garten abzuhalten. Die Polizei schritt ein und verhinderte die Abhaltung der Versammlung. Darauf versuchte ein Teil der Nationalsozialisten trotz des polizeilichen Verbots einen Demonstrationszug zu bilden. Sie zogen über die Zeil nach der Konstabler- und Hauptwache. Die Polizei griff mit einem starken Aufgebot ein und zerstreute wiederholt die Demonstranten. Bis 22.30 Uhr waren 51 Personen festgenommen worden. Davon sind 45 in das Polizeigefängnis eingeliefert worden. Sechs Personen sind nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen worden. Zwei Verhaftete, die auf der Wache epileptische Anfälle erlitten, mußten durch die Rettungswache ins Krankenhaus gebracht werden.. Infolge der Unruhen mußte der Straßenverkehr im Innnern der Stadt zum Teil umgeleitet werden.

Kabinettsausschuß für die Preissenkung!

Berlin, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In der heute nachm. stattfindenden Sitzung des Kabinettsausschusses für die Preisabbauaktion werden die verschiedenen an dieser Aktion beteiligten Instanzen über die bisherige Entwicklung und die weiterhin zu treffenden Maßnahmen Bericht erstatten. In erster Linie werden, wie das Berliner Tageblatt berichtet, die Leiter des Reichsernährungsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums zu Worte kommen, außerdem der Reichsbankpräsident Dr. Luther, der preußische Handelsminister Dr. Schreiber und der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mulert. Die Sitzung wird, so schreibt das Blatt,, als die wichtigste angesehen, die die Reichsregierung in der nächsten Zeit abhält, da man sich auf allen Seiten darüber einig ist, daß von einem raschen und greifbaren Erfolg dieser Aktion auch die Stellung des Kabinetts im ganzen sehr viel abhängt.

Poincaré schwer erkrankt

Paris, 15. Dez. (Drahtmeldung.) Um 20.45 Uhr ist der Hausarzt Poincarés wiederum gerufen worden. Der Arzt erklärte den Journalisten: Warten Sie auf keine Erklärung meinerseits, ich werde das Haus Poincarés nicht verlassen. — Die Tatsache, daß der Hausarzt Poincarés, Dr. Boidin, kurz nach einer am späten Nachmittag erfolgten Untersuchung wieder dringlich ans Bett Poincarés zurückgerufen wurde und seine Aeußerung, daß er die Nacht dort verbringen wolle, lassen, so heißt es in der Havasmeldung weiter, befürchten, daß der Zustand des Kranken ernster geworden sei.

Oberhaus gegen Unterhaus und Regierung

London, 15. Dez. (Drahtmeldung.) Das Oberhaus nahm mit 87 gegen 14 Stimmen einen Abänderungsantrag der Konservativen zu einem Gesetzentwurf an, der die Gültigkeit einiger Ende dieses Jahres außer Kraft tretenden Gesetze für die Dauer eines Jahres verlängert. Dieser Abänderungsantrag, der von der Regierung bekämpft wurde, schlägt vor, in den betreffenden Gesetzentwurf das Gesetz einzubeziehen, das die Einfuhr der Farbprodukte regelt und das die Regierung mit Einwilligung des Unterhauses beschlossen hatte, nicht zu verlängern.

Die Lage in Spanien

Paris, 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Alle Flugplätze Spaniens haben, wie Havas aus Madrid meldet, durch Vermittlung der militärischen Behörden der Regierung ihre unbedingte Ergebenheit versichern lassen. General Berenguer erklärte heute abend, daß wegen der heutigen Vorfälle zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden seien.

Aufhebung der Innenministerien der Sowjetländer

Moskau, 15. Dez. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Zentralexekutivkomitee und Volkskommissariat der Sowjetunion haben beschlossen, die Kommissariate für innere Angelegenheiten in den Bundesrepubliken und den autonomen Rätestaaten aufzuheben. An ihre Stelle treten im Anschluß an die Volkskommissarenräte der Bundesrepubliken und der autonomen Republiken 1. Zentralverwaltungen für Kommunalwirtschaft und 2. Miliz- und Kriminalverwaltungen. Die Gefängnisse werden den einzelnen Justizkommissariaten unterstellt. Die allgemeine Leitung der Standesämter, die Naturalisationsangelegenheiten, die Ausstellung von Auslandspässen und die Regelung der Rechtslage der Sowjetländer werden dem Präsidenten des Zentralexekutivkomitees übertragen.

Kalifornischer Seebadeort niedergebrannt

Los Angeles, 15. Dez. (Drahtmeldung.) Heute in früher Morgenstunde gerieten 15 Häuser eines mondänen Strandortes infolge einer Explosion in Brand. Das Feuer wütete drei Stunden lang. Die in Brand geratenen Häuser wurden sämtlich zerstört. Die Bewohner, Filmschauspieler und Schauspielerinnen, konnten nur das nackte Leben retten. Der Sachschaden ist bedeutend.

Gegen den Polenterror!

Ein englisches Manifest

London, 15. Dezember. (Drahtmeldung.) Auf Veranlassung der „Vereinigung für demokratische Kontrolle" haben 51 englische Parlamentsmitglieder eine an den Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drumond, gerichtete Petition, sowie eine Erklärung an den Außenminister Henderson unterzeichnet. Beide Dokumente befassen sich mit der Behandlung der Minderheiten in Polen. In der Petition wird auf die jüngsten Ereignisse in Ostgalizien hingewiesen, wo Straferpeditionen in 700 ukrainische Dörfer geschickt worden seien, obwohl gegen die Mehrzahl der Ansiedlungen keine Beschuldigungen terroristischer oder verfassungswidriger Handlungen vorlägen.

Hunderte von Männern, Frauen und Kindern seien gepeitscht und einige sogar getötet worden. Tausende seien ins Gefängnis geworfen und viele Bibliotheken, Klubs und Konsumgenossenschaftsläden geplündert und zerstört worden.

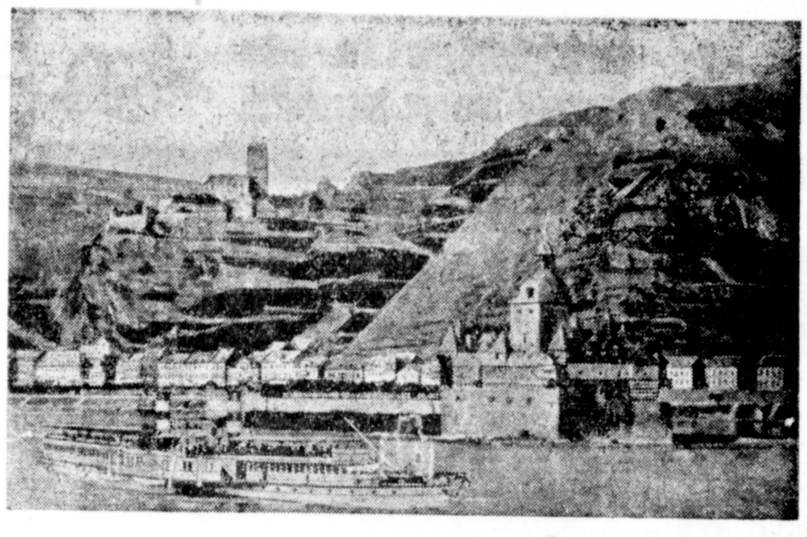
In der Erklärung an Henderson protestieren die Unterhausmitglieder gegen die undemokratischen Methoden der polnischen Regierung bei den letzten Wahlen für den polnischen Reichstag und den schlesischen Landtag. Nach Anführung der von den Polen gegen die ukrainische Minderheit verübten Grausamkeiten behandelt das Dokument die Terrorakte an der deutsch-polnischen Grenze. Auch hierbei handele es sich um eine Angelegenheit, an der die britische Regierung als Unterzeichnerin der Minderheitenverträge, durch die die Rechte der deutschen Minderheit gewährleistet seien, interessiert sei. Der Außenminister wird aufgefordert, zu erwägen, inwieweit diese Unstimmigkeiten auf das Versagen der betreffenden Minderheitenverträge zurückzuführen seien. Ferner möge er jeder deutschen Eingabe seine Aufmerksamkeit und Unterstützung angedeihen lassen.

*

„Manchester Guardian" veröffentlicht ein eingehendes Schreiben des Arbeiterparlamentsmitglieds Malone über das Minderheitenproblem. Darin spricht Malone sein Bedauern aus, daß die britische Regierung in Genf den Vorschlag der Errichtung einer ständigen Minderheitenkommission nicht unterstützt habe. **Malone betont, daß in Polen eine beispiellose Verfolgung von Minderheiten begonnen habe und fordert, daß der Völkerbund zu einer Erkenntnis der wahren Vorgänge gelange. Inzwischen** aber dürften alle, die an diesen Fragen interessiert seien, keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um den Scheinwerfer der Oeffentlichkeit auf Minderheitenprobleme zu richten, die solche Gefahr für den Frieden der Welt enthielten und zwar in der Hoffnung, daß das öffentliche Gerechtigkeitsgefühl einen Druck ausüben werde, um das Los dieser unglücklichen Menschen zu erleichtern.

Caub von schwerem Erdrutsch bedroht

Durch die starken Regenfälle besteht die Gefahr eines schweren Erdrutsches, der unter Umständen ganz Caub zu verschütten vermag. Breite Risse haben sich in den Bergen gezeigt. Die in der Nähe gelegenen Häuser sind bereits geräumt worden.



Mehr Schutz für die Bergarbeiter!

Sozialdemokratischer Urantrag im Landtag

Berlin, 15. Dezember. (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag einen Urantrag eingebracht, der mehr Schutz für die Bergarbeiter fordert. Danach soll die Grubensicherheit nach folgenden Grundsätzen weiter ausgebaut werden:

Bergpolizeivorschrift

1. Für den gesamten Bergbau Preußens ist eine einheitliche Bergpolizeivorschrift, getrennt nach Bergbauarten, zu erlassen.

2. Einführung der Grubenkontrolleure in allen Bergbaurevieren und Bergbauarten. Die Grubenkontrolleure erhalten das Recht, über die Grubengefahren sowie über ihre Erfahrungen bei der Unfallbekämpfung auch mit ihrer Berufsorganisation in Verbindung zu treten.

3. Bei den Bergrevierämtern ist ein Fahrbuch einzuführen, in das der Bergrevierbeamte und nichtamtliche Mit- und Hilfsarbeiter fortlaufend ihre Wahrnehmungen bei den Grubenbefahrungen und etwaigen Vorkommnissen einzutragen haben. Dieses Fahrbuch ist jeden Monat dem zuständigen Oberbergamt zur Prüfung vorzulegen.

4. Um das Vertrauen zwischen Arbeiter und Bergbehörden noch mehr zu vertiefen, ist bei den Oberbergämtern noch eine zweite Vertrauensperson aus den Reihen der Tarifgewerkschaft mit bergpolizeilichen Befugnissen einzuordnen, die die nach Grubenbefahrungen mitgeteilten Mängel sofort untersuchen darf. Diese Person untersteht dem Berghauptmann.

Rechte der Grubensicherheitskommission

5. Die bei den Oberbergämtern eingesetzten Grubensicherheitsbezirkskommissionen haben das Recht
a) Zeugen über Grubenunfälle unter Eid zu vernehmen,
b) Einsicht in die Akten der Bergrevierämter und Oberbergämter zu nehmen.
c) bei größeren Grubenkatastrophen selbständig einzufahren.

Abbau

6. Der Kohlenabbau vor Blindörtern ist nur in den allerdringensten Notfällen und nur vorübergehend zu gestatten. Die Höhen der Abbaustöße dürfen in Flözen bei einer Mächtigkeit bis zu einem Meter 120 Meter nicht übersteigen. Bei solchen Abbaustößen muß ein Fluchtweg vorhanden sein, der nicht über 70 Meter vom Ort entfernt sein darf. Vorgeschriebene und unter dauernder Bewachung stehende besondere Fluchtwege müssen in allen Abteilungen vorhanden sein. Die Belegschaften sind jährlich mindestens mehrmals über Art und Zweck der Fluchtwege zu unterrichten. Die Fluchtwege müssen Verbindung zum Schacht haben. In den Abbauabteilungen sind besondere Rettungskammern einzurichten.

Bewetterung

7. Im Interesse der Gesundheit der Bergarbeiter sind die Strecken mit genügend großem Querschnitt auszuführen und instand zu halten. Die Wettergeschwindigkeit darf erfahrungsgemäß ein normales Maß nicht überschreiten, soweit dadurch nicht die Beseitigung der Grubengase gefährdet wird. Ein weitgehender Schutz muß den Wetterkontrolleuren vor Benachteiligung und Kündigung gesichert sein. Tägliche Wetterkontrollen in Strecken sowie in stillgelegten Betrieben, die durch entsprechende Dämme nicht genügend gesichert sind. Schlagwetterkontrollen auch in solchen Betriebspunkten, wo in 3 und 4 Schächten gearbeitet wird.

Gesteinsstaubverfahren

8. Das Gesteinstaubverfahren im Steinkohlenbergbau ist auch bei Gruben mit schwer entzündlichem Kohlenstaub auszubauen

Förderung

9. Beseitigung der Benzollokomotiven aus den unterirdischen Betrieben. Verbot der elektrischen Fahrdrahtlokomotiven auf Schlagwettergruben. Ihre Zulassung darf nur erfolgen in Revieren mit erfahrungsgemäß guter und dichter Ausmauerung. Die augenblickliche Zulassung von Dieselokomotiven darf nicht weiter ausgedehnt werden.

Verbindlichkeitserklärung des Bankenschiedsspruches beantragt

Berlin, 15. Dez. (Drahtmeldung.) Der Reichsverband der Bankleitungen teilt mit: Der im Tarifstreit des Bankgewerbes am 10. Dezember 1930 unter Vorsitz des Sonderschlichters Herrn Regierungsrat a. D. Dr. Brahn ergangene Schiedsspruch ist vom Reichsverband der Bankleitungen angenommen worden. Da die beteiligten Gewerkschaften ihrerseits den Schiedsspruch abgelehnt haben, hat der Reichsverband der Bankleitungen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt.

Strick-Kleidung

als Weihnachtsgeschenk!

Westen 9.75
reine Wolle 16.50, 12,50

Pullover 6.90
reine Wolle 14.50, 9.75

Frauenjacken
auch für starke Figuren

Stamm
GELSENKIRCHEN + BAHNHOFSTR. 16

Berücksichtigen Sie beim Einkauf unsere Inserenten

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Schuh-waren
aller Art kaufen Sie gut und billig im
Schuhhaus Boerner
Bismarckstr. 125

Alsbergs Abendmitte

immer gut - immer billig

Margarine 1-Pfund Paket **0.37**

Molkereibutter leicht gesalzen, Pfund **1.45**

Weizen-Auszugmehl 5-Pfund Beutel **1.17**

Salatöl helles, Liter **0.57**

Plattenfett	1-Pfund-Platte	40 ₰
Schweineschmalz	reines Pfund	66 ₰
Allgäuer Stangenkäse	Pfd.	48 ₰
Tilsiter	halbfett . . . . Pfund	65 ₰
Edamer	vollfett . . . . Pfund	95 ₰
Leberwurst	. . . . Pfund 90	50 ₰
Rotwurst	. . . . . Pfund 90	60 ₰
Bierwurst	. . . . . Pfund	1.00
Sprotten	frisch, geräuchert 1-Pfund-Kiste	50 ₰
Jg. Schnitt-od. Brechbohn.	1/1 Dose	45 ₰
Jg. Wachsbohnen	1/1 Dose	60 ₰
Jg. große Bohnen	1/1 Dose	65 ₰
Sellerie	in Scheiben . 1/1 Dose	75 ₰
Sultaninen	. Pfund 65, 55, 45	38 ₰
Rosinen	mit Stein . . . Pfund	50 ₰
Korinthen	. . . . . Pfund	50 ₰
Haselnußkerne	. . . Pfund	1.20
Süße Mandeln	. . Pfund 1.80	1.45
Zitronat	. . . . . Pfund	1.20
Neue Feigen	. . Pfund 60, 30	25 ₰
Datteln	. . . . . Pfund 1.00	50 ₰

Gewürz-Spekulatius Pfund 0.60 **0.48**

Pfeffernüsse Pfund 0.60 **0.48**

Haselnüsse Pfund 0.65 **0.50**

Walnüsse Pfund 0.65 **0.50**

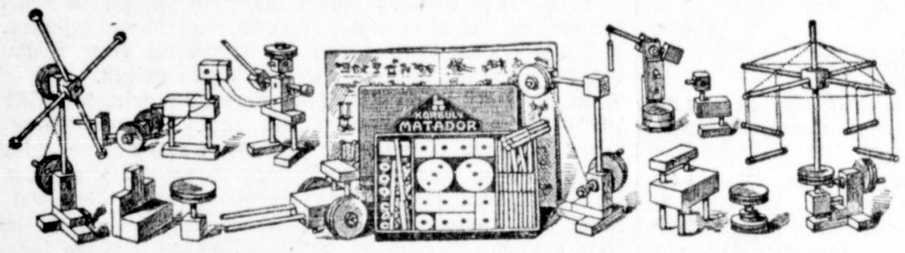
Alsberg
Gelsenkirchen Akt.Ges.

Kinderaugen bitten:



Schenk mir zu Weihnachten Matador!

Matador-Baukasten sind die besten Beschäftigungsspiele für Kinder von 5 Jahren an aufwärts!
Hunderte von verschiedensten und interessanten Modellen lassen sich aus „Matador" bauen!
Die Beschäftigung mit Matador fördert die Ueberlegung und schärft das Denken, übt also auf die geistige Entwicklung des Kindes einen sehr wertvollen Einfluß aus.



Matador sollte deshalb auf keinem Weihnachtstische fehlen!

Matador-Baukasten sind in folgenden Größen vorrätig:

Matador Nr. 0	Preis	2.90 Mk.	Matador Nr. 4	Preis	18.— Mk
Matador Nr. 1	Preis	5.— Mk.	Matador Nr. 5	Preis	26.50 Mk.
Matador Nr. 2	Preis	8.— Mk.	Matador Physikkaten		40.— Mk.
Matador Nr. 3	Preis	12.— Mk.	(für physik. Experimente)		

Für unsere Abonnenten gewähren wir folgende **Zahlungserleichterungen:**
Größe 0 und 1 werden gegen bar geliefert.
Größe 2 kann in 2 Raten bezahlt werden.
Größe 3 kann in 4 Raten bezahlt werden.
Größe 4 und 5 in 5 Raten bezahlt werden.
Der Physikkasten kann in 8 Raten beglichen werden.

Die Raten werden alle 14 Tage durch Zeitungsboten kassiert.
Ein Preisaufschlag erfolgt nicht.
Wir legen auf Wunsch bis vor Weihnachten zurück.

Wir bitten um sofortige Bestellung auf anhängendem Bestellschein.

Volksbuchhandlung, Gelsenkirchen, Ringstr. 33

Bestellung:

Ich bestelle hiermit 1 Matador-Kasten Nr. . . zum Preise von . . . . Mk. gegen bar — gegen Raten. — Die Raten sollen durch Zeitungsboten kassiert werden. Der Kasten soll zum . . Dezember geliefert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

Balatum **Stragula**

die billigen **Teppiche**

150/200	200/250	200/300
Mk. 6.30	Mk. 10.50	Mk. 12.60

Läufer Mtr. Mk. 1.60 Vorlagen 40, 50, 75 Pfg.

Heimann-Rottkamp

HERNE. Bahnhofstr. 44

DORTMUND	GELSENKIRCHEN	SCHWERTE
Hansastr. 84	Kreuzstr. 8	Hörderstr. 15
Westenhellweg 73		
Rheinisches r. 8		

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder vom Ableben unserer lieben Genossin

Auguste Platte

in Kenntnis zu setzen.
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

S. P. D. Gelsenkirchen
Filiale Bismarck-West.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, vom Trauerhause, Josefinenstraße 18 aus, statt.

Plakate, Briefbogen
Briefumschläge
Geschäftskarten
Besuchskarten

DRUCK SACHEN
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE

Sammelnummer 25841 Ringstr 33

Preisabbau
auf Gasgeräte und Gas

In Anbetracht der allgemeinen Wirtschaftsnot bieten wir zur Erleichterung der Anschaffung von neuen Gasgeräten folgende Sondervorteile:

I. Rabatt auf den Kaufpreis.

Auf Gaslampen, Gasheizöfen, Gasbadeöfen, Gas-Warmwasserapparate, Gaswaschkessel und Gas-Waschmaschinen 10-30% Rabatt.

II. Nachlaß auf den Gasverbrauch.

Wir schreiben für ein Jahr die Hälfte des Mehrverbrauches an Gas auf den gekauften Gegenstand gut.

Dieser Nachlaß II gilt für beliebige Geräte im Mindestwerte von RM 20.—, also auch für Gaskocher, Gasherde etc. Er wird ebenso wie alle Gasgeräte eingeräumt, die bei ortsansässigen Installateuren und Eisenwarenhändlern, soweit sie mit uns im Vertragsverhältnis stehen gekauft, und an unsere Gasrohrnetze angeschlossen werden.

Städtische GWE-Werke Gelsenkirchen